

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Renate Münder

EDITORIAL

Dass die Gewerkschaften ihren Aufgaben zur Zeit nur schlecht nachkommen, ist inzwischen bei vielen Gewerkschaftern Allgemeingut. Als Ursache wird häufig angegeben, das Kräfteverhältnis sei schlecht, die Arbeiterklasse in der Defensive, die Talsohle noch nicht erreicht. Das stimmt. Wir wollen dennoch fragen, wie das geändert werden kann. Voraussetzung dafür ist eine nüchterne Analyse des Bestehenden, wobei wir hier nur Denkansätze geben können.

Rainer Perschewski stellt fest, aus der Einheitsgewerkschaft sei de facto eine sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft geworden, die den gewerkschaftspolitischen Kurs zwischen Gegenmacht und Ordnungsfaktor zu letzterem verschoben habe.

Für die Durchsetzung eines klassenkämpferischen Kurses halten Bernd Blümmel und Peter Willmitzer die gewerkschaftlichen Vertrauensleute für entscheidend. Willmitzer geht auf die Frage der innergewerkschaftlichen Demokratie ein, was für ihn eine Frage der Mobilisierung der Gewerkschaftsmassen ist. Blümmel vergleicht Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit: Der Aufbau und die Politisierung von Vertrauensleutegremien hat für ihn eine höhere Bedeutung als die Arbeit in Betriebsratsgremien, natürlich ohne diese Tätigkeit nun abzulehnen.

Harald Humburg, der den Arbeitskampf von prekär Beschäftigten bei Neupack untersucht hat, hält den Aufbau gewerkschaftlicher Basisstrukturen ebenfalls für entscheidend, um

betriebliche Kämpfe zum Erfolg zu führen. Dabei berührt er auch das Problem, wie Kommunisten mit Kolleginnen und Kollegen umgehen sollten, die sozialpartnerschaftliches Denken im Kopf haben. Denn der Einfluss der Sozialdemokratie in den Betrieben ist nach wie vor bestimmend.

Ohne eine feste Verbindung der aktiven Vertrauensleutegremien untereinander wird allerdings keine Änderung der Gewerkschaftspolitik möglich sein. Die Organisierung der Vernetzung wird Aufgabe der Kommunisten und anderer klassenkämpferischer Kollegen sein, da sie nicht nur eine antikapitalistische Linie, sondern auch einen Zukunftsentwurf haben.

Ausgehend von der Lehre der Niederlage der Arbeiterklasse vor dem Faschismus, diskutieren Jürgen Lloyd und Renate Münder über den Umgang mit der Sozialdemokratie, wobei der Mailwechsel den Prozess der Debatte und ein gegenseitiges Sich-Annähern dokumentiert.

Als Nachtrag zum Thema Antimperialismus und Neokolonialismus der letzten T&P erscheint ein Artikel von Anton Latzo, der die Kontinuität der deutschen Bagdadbahn-Politik damals und heute aufzeigt.

Udo Paulus beschäftigt sich kritisch mit dem Aufruf für ein egalitäres Europa von einer Autorengruppe um Karl-Heinz Roth, den er als Aufruf für eine Utopie entlarvt. „Kein Wort zur Herrschaft des Monopolkapitals, kein Wort zur Machtfrage, alles soll in den Bahnen sozialer

Massenbewegungen peu à peu in das egalitäre Europa schliddern, schiedlich-friedlich, stets basis-demokratisch, stets ohne Partei.“ Stellvertreter einer Anti-Stellvertreterbewegung nennt er zutreffend ihre Protagonisten.

Georges Hallermayer schreibt zu den Klassenkämpfen in Frankreich und die Haltung der PCF. Regierung und Unternehmer glauben mit der Rentenreform nach deutschem Vorbild ein Schlüsselement gefunden zu haben, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Die PCF steckt in der Zwickmühle, da sie nicht eindeutig gegen die sozialistische Regierung Stellung nehmen will. Ob der angesagte heiße Herbst tatsächlich stattfindet, hängt auch davon ab, ob die PCF Partei einer linken Mehrheit sein will oder Partei der antikapitalistischen Mobilisierung.

Zur Stalinismus-Diskussion in der DKP schreibt Renate Münder, die den Stalinismus-Vorwurf als innerparteiliches Kampfinstrument bloßlegt.

Im Literaturtipp wird das Buch von Thomas Wagner „Die Mitmachfälle“ vorgestellt, das sich mit Formen der Bürgerbeteiligung beschäftigt. In einer Kultur des Dialogs soll der Widerstand gegen gesellschaftliche Konflikte, die ihren letzten Grund stets in den Eigentumsverhältnissen haben, in zivilgesellschaftliches Mitmachen verwandelt werden.



EINHEITSGEWERKSCHAFT HEUTE

Aus höchst unterschiedlichen Vereinigungen und Organisationen wie Unterstützungskassen, Streikkoalitionen, Arbeiterbildungsvereinen und Berufsorganisationen entstanden die Gewerkschaften in Deutschland und entwickelten sich hin zu großen Zusammenschlüssen und Kampforganisationen der Arbeiterklasse im deutschen Kaiserreich.

Historisch bedingt war die enge Anbindung der Freien Gewerkschaften im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert an die Partei der Arbeiterklasse, der damals noch revolutionären Sozialdemokratie – eine autonome politische Gewerkschaftspolitik war kein Ziel. Neben dem aus den Freien Gewerkschaften entstandenen ADGB existierten in der Weimarer Republik zwei weitere weltanschauliche Verbände, darunter die so genannten „christlichen Gewerkschaften“, die maßgeblich zur Spaltung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung beitrugen. Es gab sieben Dachverbände mit unzähligen nach Berufen, Betriebsfunktionen und Qualitätsmerkmalen organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbänden. Die Erfahrung der Spaltung der Arbeiterbewegung, die ihre Durchsetzungsfähigkeit entscheidend beeinträchtigte – von der elementaren Niederlage 1933 ganz zu schweigen, führte nach dem zweiten Weltkrieg nicht nur an der Basis, auch bei den Gewerkschaftsfunktionären zum Wunsch nach einheitlichen starken Gewerkschaften, in denen Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten ebenso wirkten wie christliche Gewerkschafter.

Doch schon bei der Gründung 1949 wurde das Ziel der Einheit nicht voll umgesetzt: Die Einheit endete an den innerdeutschen Grenzen, und sie endete an den Grenzen der Einzelgewerkschaften. Der DGB ist nur eine lose Dachorganisation, nicht einmal Gleichrangigkeit gegenüber seinen damals 16 Mitgliedsgewerkschaften ist gegeben. Er hat keine Finanzhoheit, und die Gewerkschaftsmitglieder sind nicht bei ihm, sondern bei den Einzelgewerkschaften organisiert – bei ihnen liegt die Macht, nicht beim DGB.

Damit war und ist auch der Anspruch auf die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft unabhängig von den politischen Parteien, der im Grundsatzprogramm erstmals in der Geschichte der Gewerkschaften erhoben wurde, zwar ernst gemeint, aber faktisch deklamatorisch. Für die politische Durchsetzungsfähigkeit war die Einheitsgewerkschaft dennoch eindeutig ein Gewinn für die Arbeiterklasse.

Dieser kurze Einlass auf die Geschichte macht deutlich, dass schon die organisatorische Form der Gewerkschaften im historischen Kontext zu betrachten ist. Programmatisch ergibt sich eine größere Bandbreite aus der Abschaffung der Richtungsgewerkschaften. Und heute? Entspricht der aktuelle Zustand noch der Zielvorstellung der Nachkriegsgeneration?

Sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft?

Unstrittig dürfte sein, dass die Organisation, die Engels noch als „Kriegsschule der Arbeiter“ bezeichnet hat, heute dem längst nicht mehr gerecht wird. Unstrittig dürfte auch sein, dass der Opportunismus in der Arbeiterbewegung mit der Herausbildung des Imperialismus vor über 100 Jahren Einzug in das Bewusstsein der Gewerkschafter erhielt und bis heute seine Wirkung entfaltet. Es ist hier nicht der Platz, dieses grundlegend darzustellen. Aber ein kurzer Rückgriff ist zum heutigen Verständnis wichtig. Lenin schrieb in seinem Artikel „Zusammenbruch der II. Internationale“: „Opportunismus bedeutet, dass die grundlegenden Interessen der Massen den vorübergehenden Interessen einer verschwindenden Minderheit von Arbeitern zum Opfer gebracht werden oder, anders ausgedrückt, dass ein Teil der Arbeiter mit der Bourgeoisie ein Bündnis gegen die Massen des Proletariats eingeht (...) Der Opportunismus wurde im Lauf von Jahrzehnten durch die Besonderheiten jener Entwicklungsepoche des Kapitalismus hervorgebracht, in der die verhältnismäßig friedliche und zivilisierte Existenz einer Schicht privilegierter Arbeiter diese ‚verbürgerte‘, ihnen Bro-

cken von den Profiten des eigenen nationalen Kapitals zukommen ließ und sie von dem Elend, den Leiden und den revolutionären Stimmungen der verelendeten und bettelarmen Masse losriss“ [1]. Lenin betont aber auch, dass diese Entwicklung nicht das Ergebnis mangelnder Moral einzelner Arbeiterfunktionäre ist: „Alle stimmen darin überein, dass der Opportunismus kein Zufall, keine Sünde, kein Fehltritt, kein Verrat einzelner Personen, sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche“ ist. [2]

Eine Betrachtung der aktuellen Gewerkschaftspolitik zeigt die fortgeschrittene Wirkung dieser Wendung seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Gewerkschaften in Deutschland

- konzentrieren sich auf Stammbeschäftigten großer Unternehmen. Die Organisierung von Erwerbslosen, prekär Beschäftigten und in Unternehmen unter 500 Beschäftigten spielt kaum eine Rolle.
- zeigten mit Ausbruch der aktuellen Wirtschaftskrise deutlich ihr korporatistisches [3] Politikverständnis. Die Krisenlasten wurden mit Unterstützung der Gewerkschaften faktisch auf die Beschäftigten abgewälzt.
- unterstützen durch ihre Tarifpolitik die Standortlogik des Kapitals und seiner Regierung. Die Unterstützung des „Exportmodells Deutschland“ und damit der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Industrie hat Vorrang vor internationaler Solidarität und ist im internationalen Maßstab gesehen Lohndumpingpolitik.
- leisten durch die Unterstützung der Standortpolitik dem deutschen Imperialismus Vorschub in der *Kerneuropapolitik*. Hierzu passt auch die Anbiederung des DGB-Vorsitzenden an die Bundeswehr im Frühjahr dieses Jahres.
- kanalisieren den Widerstand gegen den Abbau sozialer Leistungen insbesondere in den Perioden der Re-

gierungsbeteiligung der SPD. Am deutlichsten verzichteten sie auf einen Widerstand gegen den größten Sozialraub seit 1945 im Zuge der so genannten Hartz-Reformen.

- haben die Deregulierungsmaßnahmen in Deutschland insbesondere seit dem Beginn der 90er Jahre mitgetragen.

Wenn wir von sozialdemokratischer Richtungsgewerkschaft sprechen, dann bezieht sich das nicht nur darauf, dass die Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften überwiegend immer noch Mitglieder dieser Partei sind, sondern der Begriff soll die Orientierung auf den Opportunismus und Reformismus ausdrücken – wobei diese sozialdemokratische Orientierung keine Frage des Parteibuchs ist. Unter ihrem Einfluss entwickelte sich die Programmatik der Gewerkschaften immer weiter weg von klassenkämpferischen Positionen. [4] Dies kann nicht der Mitgliedschaft in die Schuhe geschoben werden, die Kritik trifft vor allem die Gewerkschaftsführungen. Sie tragen eine besondere Verantwortung, da sie aufgrund ihrer Stellung einen größeren Einfluss und Einblick in die Gesamtzusammenhänge haben.

Die Einheit von Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen wurde schon in den 50er Jahren gebrochen. Während dem DGB-Vorstand durchgängig ein CDU-Mitglied angehörte, wurden die Kommunisten sehr bald bekämpft und massenhaft aus der Gewerkschaft geworfen. Der Antikommunismus gehört seitdem zum Grundrepertoire von Gewerkschaftsreden, und die DDR wurde in gewerkschaftlichen Beschlüssen mit der Herrschaft des Faschismus gleichgesetzt. Auch das Prinzip „Ein Betrieb eine Gewerkschaft“ wurde von den Einzelgewerkschaften bei Rangeleien um Mitglieder des Öfteren verletzt.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Gewerkschaften sind und bleiben Massenorganisationen der Arbeiterklasse, also das Subjekt, das allein fähig ist den Kapitalismus zu überwinden. Kommunistinnen und Kommunisten haben dort zu wirken, wo sich die Massen organisieren; in den Gewerkschaften als größter Massenorganisation kann es nur darum gehen, eine Ausrichtung auf den Klassenkampf zu erreichen.

Ordnungsfaktor oder Gegenmacht?

Vor diesem Hintergrund ist eine zunehmende Verbetrieblichung und Entpolitisierung die Folge. Standortpolitik und Wettbewerbskorporatismus bestimmen das Handeln von vielen Betriebsräten und Gewerkschaftsgliederungen. Sie sehen ihr Ziel darin, „ihre“ jeweiligen Standorte zu verteidigen, indem sie „ihren“ Standort wettbewerbsfähig machen wollen, und haben so das gewerkschaftliche Grundanliegen der Solidarität verloren. Erwerbslose, Leiharbeiter und andere prekär Beschäftigte fallen für viele von ihnen aus ihrer Zuständigkeit – eine neue Spaltungslinie der abhängig Beschäftigten. Die Gewerkschaftsführungen stützen diese Entwicklung im großen Ganzen (Standortlogik) bzw. arbeiten ihr nicht entgegen.

In der Praxis ist die Bewältigung der täglichen Kleinarbeit in Betrieb und Gewerkschaft absolut in den Vordergrund gerückt. Allgemein politische Forderungen der Arbeiterklasse spielen nur eine untergeordnete Rolle. Eine solche Politik des Kampfes bloß um die wirtschaftliche Lage hat Lenin in „Was tun?“ als trade-unionistische Politik gekennzeichnet. Die Folge dieser Trennung von ökonomischem und politischem Kampf ist eine Einengung und Schwächung der Gewerkschaftsbewegung.

Der Gewerkschafter, Kommunist und frühere NRW-Landtagsabgeordnete Jupp Ledwohn schrieb 1971 (!): *„Der ehemalige Gewerkschaftsführer und jetzige sozialdemokratische Minister Leber hatte bereits früher offen die Umwandlung oder Bekräftigung der Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor“ innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung gefordert. Ebenso wie (...) die Gewerkschaften müssten sich zum bestehenden Staat bekennen. (...) Es wäre falsch, den Einfluss dieser und ähnlicher bürgerlicher Theorien auf die Arbeiterbewegung und auch auf die Gewerkschaften zu unterschätzen (...).“* [5]

Innerhalb des kapitalistischen Systems können Gewerkschaften gar nicht umhin, in einem gewissen Rahmen auch als Ordnungsfaktor zu wirken: Jede Betriebsvereinbarung, jeder Tarifvertrag z. B. besiegelt den betrieblichen oder gesellschaftlichen Frieden. Doch wenn die Maxime ignoriert wird, dass nicht das materielle Ergebnis zählt, son-

dern der Fortschritt, den die Arbeiterklasse dabei hin zur Einheit und mehr Kampfkraft macht, dann gewinnt die Ruhigstellung der Arbeiterklasse die Oberhand.

Es ist gelungen, die Gewerkschaften mit der bestehenden Wirtschaftsordnung zu versöhnen, und Vorstellungen, die über die kapitalistische Wirtschaftsordnung hinausgehen, sind selten geworden. Schon an der relativ geringen Zahl der Streiktage ist ablesbar, dass die Gewerkschaftsführungen ihre Aufgabe weniger darin sehen, Widerstand zu organisieren, sondern dass sie Widerspruch in der Form von „Lobbyarbeit“ über Presse, Verhandlungen und persönliche Gespräche bevorzugen.

Die IG Metall sagt heute offen, dass sie den Streik – abgesehen von kurzen Warnstreiks – am liebsten vermeidet. Auch vom Kapital wurden die Stammebelegschaften weitgehend geschont. Ihr Widerstand ist nämlich zu fürchten: Man denke nur, wie schnell die Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 Prozent vom Tisch war, als dies zu Protesten in den Betrieben führte. Doch das war 1998. Trotz einer wachsenden Kampfbereitschaft beispielsweise bei ver.di und trotz mancher fortschrittlicher Beschlüsse auf Gewerkschaftstagen sowie Ansätzen, die innergewerkschaftliche Demokratie einzufordern, ist bisher ein Ende des Prozesses der Integration nicht absehbar.

Die DKP wendet sich seit ihrer Gründung in ihren programmatischen Aussagen immer wieder gegen diese Entwicklung. Konsequenzen müssen diskutiert und Vorstellungen entwickelt werden, wie ein Engagement des fortgeschrittenen Teils der Klasse unter den heutigen Bedingungen effektiver werden kann. Der Zustand des Bewusstseins der Arbeiterklasse darf nicht als Vorwand dienen, eigene Rückschritte in Bezug auf revolutionäre Politik auf der Basis des wissenschaftlichen Sozialismus zu bemänteln und kleine positive Ansätze überhöht darzustellen. Der Zustand der revolutionären Bewegung spiegelt sich in ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit wider.

Dieser Text kann nur der Ausgangspunkt einer umfassenderen Analyse sein.



Quellen und Anmerkungen:

- [1] Lenin Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 237
[2] Lenin Werke, Bd. 21, Berlin 1960, S. 243
[3] Hinweis: Korporatismus bezeichnet das Aushandeln von Vereinbarungen durch unterschiedliche Interessengruppen, z. B. Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, hat die Erzielung eines gesellschaftlichen Konsenses zum Ziel. Praktisch führt das zur Ausschaltung des Klassenkampfes, zur

Einbindung der Gewerkschaften in das kapitalistische Wirtschaftssystem und damit zur Klassenkollaboration. Vgl. Korporatismus, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 7/II, Hamburg 2010, S. 1812 ff.

- [4] Vgl.: Perschewski, DGB-Programme: Vom Antikapitalismus bis hin zur Kooperation mit dem Klassengegner, in: T&P Nr. 23, München 2010, S. 13

- [5] Josef Ledwohn, Schutz- und Gestaltungsfunktionen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, in: Ledwohn/Seeger, Gewerkschaften – Standort und Perspektive, Frankfurt/Main 1971, S. 15



Bernd Blümmel

BETRIEBS- UND GEWERKSCHAFTSARBEIT KOLLEKTIV ENTWICKELN!

In unserer Partei genießen Betriebsarbeiter, ob ehemalige oder aktive, ein hohes Ansehen. Dies ergibt sich zum einen aus unserem Bezug auf die Arbeiterklasse als das historische Subjekt, zum anderen aber auch aus der Tatsache, dass wir Kommunisten in den Betrieben längst nicht mehr so verankert sind, wie wir dies alle für notwendig halten. Das hat objektive Gründe in der Verfasstheit der Arbeiterklasse und Gründe in der Alters- und Sozialstruktur unserer Partei, aber nicht nur. Ein offensives Auftreten im Betrieb als Kommunist ist seltener geworden.

Für die Mitglieder einer kommunistischen Partei reicht es nicht aus, beim gemeinsamen Kampf um betriebliche Verbesserungen die Anerkennung der Kollegen zu gewinnen – das ist freilich die Grundvoraussetzung – sondern sie müssen auch daran arbeiten, die Kollegen von der Richtigkeit ihrer Ansichten und ihres Vorgehens zu überzeugen. Dazu ist eine Analyse der gewerkschaftlichen Ziele und Aktivitäten nötig, die auf der Basis des Marxismus-Leninismus erfolgen muss, was wiederum einer organisierten kollektiven Diskussion bedarf.

Die betrieblich und gewerkschaftlich Aktiven in unserer Partei sind jedoch in aller Regel Einzelkämpfer. Die wenigsten haben die Möglichkeit, ihre politische Arbeit innerhalb ihrer Parteigruppe zu entwickeln. Ganz zu schweigen von einer kollektiven Un-

terstützung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit über die Diskussion hinaus. Diese individuelle Arbeitsweise birgt die Gefahr, entweder auf der ökonomistischen Ebene der Kolleginnen und Kollegen zu verbleiben oder sich zu entfernen und der Stellvertreterpolitik zu verfallen. Nicht nur die jungen Genossen unter uns brauchen ein Kollektiv, wo wir unser Vorgehen diskutieren können, wo in der Diskussion mögliche Fehler aufgedeckt werden, wo Erfahrungen für ein kluges taktisches Agieren weitergegeben werden und vor allem die Genossinnen und Genossen bestärkt werden, in erster Linie bei den gewerkschaftlichen Basisstrukturen tätig zu werden.

Vertrauensleute und/oder Betriebsrat?

Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) bedeutet trotz seiner Errungenschaften zugleich auch Gängelung und Kastration für die Arbeiterbewegung. Erstes Ziel sei der Betriebsfriede! Eine direkte Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen in Konfliktsituationen ist nicht vorgesehen. Das BetrVG entspricht somit der Stellvertreter-Logik der parlamentarisch-bürgerlichen Demokratie. Betriebsräte – vor allem die freigestellten – genießen schon per Gesetz Privilegien. So kann eine wachsende Entfremdung von den alltäglichen Problemen der Kolleginnen und Kollegen entstehen.

Das BetrVG geht indirekt davon aus, Konflikte mit dem Kapital seien in erster Linie über Verhandlungen zu lösen. Dies stärkt die Illusion, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit sei innerhalb des bestehenden Systems lösbar. Konfrontative und kollektive Strategien, wie beispielsweise der Streik, sind Betriebsräten ausdrücklich nicht erlaubt. Darüber hinaus fördert die Orientierung des BetrVG auf den Betrieb und seine Wirtschaftlichkeit die Entwicklung von Co-Management und Standort-Logik bei Betriebsräten.

Das soll natürlich nicht heißen, die Arbeit im Betriebs- oder Personalrat abzulehnen: Es bedarf bei Verhandlungen mit der Geschäftsleitung starker, durchsetzungsfähiger Betriebsräte. Es kann auch sein, dass betriebliche Informationen nur dort zu erhalten sind oder dass es für die Durchsetzung von Vorschlägen der Vertrauensleute (VL) unbedingt erforderlich ist, im Gremium tätig zu sein. Man darf sich nur nicht von der BR-Arbeit auffressen lassen, die schnell eine Art Sozialarbeiter-tätigkeit werden kann, wenn sie nicht verbunden wird mit gewerkschaftlichen Zielen.

Die auf Sozialpartnerschaft ausgerichtete Tendenz des BetrVG und die Begrenztheit seiner Wirkungsmöglichkeiten gilt es den Belegschaften sichtbar zu machen. Aktive Vertrauensleute sollten versuchen, an ihre Betriebsräte klare Anforderungen zu stellen, um

eine verhandlungsorientierte Vorgehensweise, bei der die Betriebsräte die Belegschaft nicht gleichzeitig zu mobilisieren suchen, zurückzudrängen.

Gewerkschaftliche Betriebsgruppen aufbauen

Die Zuspitzung der aktuellen weltweiten Krise und die daraus resultierende härtere Gangart der Herrschenden im Klassenkampf hat im Zusammenhang mit opportunistischen und sozialpartnerschaftlichen Positionen insgesamt zu einem schwindenden gesellschaftlichen Einfluss der Gewerkschaften geführt. Wo Opportunismus und Sozialpartnerschaft vorherrschen, wird es kaum kämpferische Vertrauensleute geben. Entsprechend sind die VL-Strukturen in fast allen Gewerkschaften in einem desolaten Zustand. So fehlt nicht nur gesellschaftliches Widerstandspotenzial, sondern auch ein notwendiges Korrektiv für abgehobene Betriebsräte und gewerkschaftliche Apparate.

Inzwischen hat jedoch in den gewerkschaftlichen Gremien die Einsicht wieder an Boden gewonnen, dass diese Orientierung die gewerkschaftliche Durchsetzungsfähigkeit schwächt. Dennoch ist es noch ein langer Weg hin zu besseren Voraussetzungen für den Aufbau und die Entwicklung von mehr VL-Gruppen. Dabei müssen sich die Struktur und Arbeitsweise der VL-Körper, die Größe, Betreuungsbereiche und Häufigkeit der Treffen etc. an den konkreten betrieblichen Bedingungen orientieren.

Häufig stehen Vertrauensleute vor dem Problem, dass der zunehmende Arbeitsdruck keine Zeit für gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb lässt. Da müssen wir erfinderisch sein und die Betriebsräte einbeziehen, die beispielsweise Vertrauensleute während der Arbeitszeit zu Sprechstunden einladen können. Dies kann einen Freiraum für den Austausch zwischen Vertrauensleuten, anderen gewerkschaftlichen Gremien und Betriebsräten schaffen, wo Anforderungen der VL an Betriebsräte und die Gewerkschaft diskutiert und formuliert werden können. Wo solche Formen der VL-Arbeit geschaffen werden, fällt es Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären schwerer, sich von den konkreten Problemen im Betrieb zu entfernen und „abzuheben“.

Politisierung der VL-Arbeit

Zur Entwicklung selbstbewusster klassenkämpferischer VL ist die Entwicklung eines Klassenstandpunkts nötig, der jedoch nicht vom Himmel fällt. Auch die politische Bildung ist überwiegend in einem schlechten Zustand. Der Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Bildungsangebote liegt inzwischen deutlich bei Themen, die die betriebliche Mitbestimmung betreffen und richtet sich vor allem an Betriebsräte und Schwerbehinderten-Vertretungen. Seminare, die den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zum Gegenstand haben, finden kaum noch statt.

Um gesellschaftliche Themen auf die Tagesordnung zu setzen, sollten wir VL-Konferenzen oder einen Tagesordnungspunkt auf der Betriebsversammlung einfordern. Ob die Belastungen durch die Arbeit oder das Ziel einer Arbeitszeitverkürzung, ob die Weltwirtschaftskrise und ihre Ursachen sowie die Auswirkungen auf Betriebe und Kommunen oder Fragen der Mobilisierung der Belegschaft und offensive Arbeitskampfstrategien – Themen gibt es reichlich. Zu vielen diskutieren die Kolleginnen und Kollegen bereits beim Kaffee oder beim Feierabend-Bier. Anknüpfend an Erfahrungen aus der betrieblichen Realität und gewerkschaftlichen Forderungen und Kampagnen, können wir auch auf die Eigentumsfrage oder die Rolle des Staates kommen.

Wo es möglich ist, sollten wir als Parteigenossen einzelnen Vertrauensleuten das Angebot zu gemeinsamen Treffen machen und auch schwierige Probleme auf den Tisch bringen, z. B. warum die Gewerkschaften seit vielen Jahren keine kämpferische, erfolgreiche Strategie mehr entwickeln und was der innergewerkschaftlichen Demokratie entgegen steht.

Das Problem der Vereinzelung kämpferischer Kollegen besteht auch auf der Ebene der VL: Eine einzelne gewerkschaftliche Betriebsgruppe wird in der Gewerkschaft noch nicht viel bewirken können, auch wenn dort noch so gute gewerkschaftspolitische Arbeit geleistet wird. Ihre Mitglieder werden möglicherweise resignieren und aufgeben. Es fehlt die Verbindung zu anderen Aktivisten, sei es regional oder bundesweit auf Branchenebene.

Wenn wir schlagkräftiger werden wollen, brauchen wir eine Vernetzung der kämpferischen VL, die über die Forderungshöhe bei Tarifrunden Kontakt aufnehmen, zur Arbeitszeitverkürzung und zum Sozialkahlschlag Positionen entwickeln oder die Streiktaktik diskutieren u. a. mehr. Gemeinsame Bildungsseminare sind eine Möglichkeit, diese Verbindungen zu schaffen. Wenn sich die klassenkämpferischen Kolleginnen und Kollegen nicht endlich zusammenschließen, bleibt die Gewerkschaft ein schlafender Riese, gefesselt und verlacht von der Bourgeoisie.



DIE GEWERKSCHAFT SIND WIR!

Demokratie und Macht – Dialektik für Gewerkschafter

Die Gewerkschaftsmassen

„Das Volk, der große Lümmel“ – der, nach Heine, eingelullt wird mit dem „Entsagungslied“ [1]. Wir wissen, dieser Lümmel, die Massen, sind die Schöpfer der Weltgeschichte. Der Teil der Massen, den wir in unseren Gewerkschaften finden, hat immerhin schon den Schritt gemacht, einzutreten in die elementare Klassenorganisation.

Kommen unsere Gewerkschaften ihren Aufgaben nach, die Masseninitiative zu entwickeln, die so wichtig für unser Vorhaben ist? Das ist der eigentliche Inhalt der innergewerkschaftlichen Demokratie. Zur höchsten Form aufzulaufen, würde es bedeuten, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Doch was hören wir in unseren Reihen? Die Gewerkschaften werden milde gerügt wegen ihres allzu kapitalfreundlichen Kurses. Die verantwortlichen Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften sind fein raus, denn sie sind ja demokratisch gewählt von den Massen. So wird immer wieder entgegnet, wenn Gewerkschaftsführer kritisiert werden.

Die gewerkschaftlichen Massen selbst werden geringgeschätzt: Sie bringen den Arsch nicht hoch. Wenn's darauf ankommt, sind sie nicht da ... Wenn'ste dich umdrehst, steht keiner hinter dir Die Basis wird gerne verantwortlich gemacht für den Niedergang der Gewerkschaften, für miese Abschlüsse, für schlechte Betriebsratsarbeit (jede Belegschaft hat angeblich den Betriebsrat, den sie verdient). Die Basis – lümmelhaft eben. Jahrelang wurden die Massen des Kämpfens entwöhnt. Stellvertreterpolitik – Kollege, wir machen das schon ... Standortsicherung ... Unterschriftensammlungen ... Teilen verbindet ... Das Lied des Verzichts wird ihnen vorgespielt.

Die Frage der Demokratie

Die politische Demokratie ist eine Herrschaftsform der Bourgeoisie, ist Anerkennung der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Aber

wie wird die Mehrheit im wirklichen Leben hergestellt? Das ist eine Frage der Macht – auch in einer Organisation wie der Gewerkschaft. Fleißig Gewerkschaftsflugis verteilen und die Eigentumsfrage stellen, ist zu wenig. Wir haben zweifellos die besseren Argumente. Doch wenn dahinter keine Macht steht, nützen sie nichts gegen die, die an führenden Positionen sozialpartnerschaftlich handeln.

Es ist das dialektische Verhältnis Führer-Massen zu behandeln. Dabei wird die IG Metall als größte Industriegewerkschaft betrachtet. Denn wenn die nicht vorwärts geht, wer soll dann das Monopolkapital effektiv angreifen? Die Satzung der IGM ist fraglos demokratisch. Auf Seminaren wird das blitzsauber erläutert. Von unten nach oben wird gewählt – Delegierte, erweiterte Ortsverwaltung, erweiterter Hauptvorstand, Delegierte zum Gewerkschaftstag usw. Die IGM-Satzung hat sogar den demokratischen Zentralismus zum Inhalt. Das ist wichtig im Klassenkampf, wenn über Kampfmaßnahmen zu entscheiden ist. Der Hauptvorstand kann aber auch die Streikbereitschaft damit ins Leere lenken.

Betriebsrätegewerkschaft

Gehen wir von den Gremien aus, die die Strukturen der IGM aufrichten. Aus Kollegensicht ist der Betriebsrat „die Gewerkschaft“, wenn sie nichts anderes kennen, z. B. einen aktiven Vertrauensleutkörper, der dann die IGM darstellt. So bilden die Betriebsräte immer mehr ihr Rückgrat.

Betrachten wir, wer in den Gremien sitzt, dann ist die IGM eine Gewerkschaft der Facharbeiter. Sie organisiert die obere Schicht der Arbeiterklasse, gut ausgebildet, mit (noch) auskömmlichem Lohn. Die IGM geht dann auch in die Breite, bis zu den Leih-Arbeitern. Doch in die Position der freigestellten Betriebsräte, auf sozialpartnerschaftlicher Grundlage über Jahrzehnte zementiert, gelangen in der Regel diejenigen mit hinreichender Ausbildung

und Redegewandtheit. Inzwischen sind Zahl und Bedeutung der Vertrauensleute stark gesunken. In der Satzung kommen sie nur passiv vor, ohne ihre Aufgaben definiert zu bekommen. In den 1980er Jahren wurde in den IGM-Seminaren noch propagiert, sie seien die „Träger der gewerkschaftlichen Kraft“, „das Rückgrat der Organisation“. Sie sollten die Kader sein, die Kristallisationspunkte des Widerstands im Betrieb. Der Betriebsrat wäre dann ihr gesetzlicher Arm. Prinzipiell ist die produktive Spannung zwischen Vertrauensleutkörper und Betriebsratsgremium bestehen geblieben. Diese ist zu nutzen.

Doch nicht der Betrieb ist die unterste satzungsmäßige Organisationseinheit, sondern die Delegiertenversammlung. Hierzu werden die Delegierten von der Mitgliederversammlung demokratisch (!) bestimmt. Der Delegiertenschlüssel (z. B. 1:200) verlagert das Gewicht der großen Betriebe in die Delegiertenversammlung. Wenn sich die Arbeiterklasse entscheidend bewegt, muss das von den industriellen Großbetrieben kommen, z. B. aus der Autoindustrie. Die können die kleinen und Mittelbetriebe mitziehen (vgl. A, B, C-Betriebe) und die anderen Gewerkschaften auch! Doch im Sinne der zementierten Sozialpartnerschaft werden die gewerkschaftlichen Strukturen der Großbetriebe kanalisiert. Und das kann so gehen – und zwar ganz demokratisch: Bei BMW ist es z. B. schon vorgekommen, dass kämpferische Vertrauensleute durch gezielte Unterstützung von Gegenkandidaten kaltgestellt wurden. Oder die Mehrheit wurde sogar schon mithilfe der Grauen Wölfe bzw. türkischer Nationalisten organisiert. So geschehen bei MAN, wo ein linker Bereichs-Vertrauenskörperleiter griechischer Nationalität so seine Funktion verlor.

Koloss IG Metall

In solchen Riesenbuden ist ein Organisationsgrad von 90 Prozent und mehr üblich, denn die „Betriebsratsfürsten“ brauchen starke Gewerkschaften. (Wir

natürlich auch! Aber nicht um Aufsichtsratssitze zu ergattern oder eine Visitenkarte am Einlass in die Salons der Herrschenden, z. B. zum Roll out der S-Klasse mit Zetsche usw.). Das sei ihre Verhandlungsmacht, so sagen sie. Dazu brauchen sie einigermaßen aktive Funktionäre an der Basis, um ihre Hausmacht und den Organisationsgrad zu erhalten. Bei BMW werden neu Eingestellte nach dem Personalbüro mittels Laufzettel in das Betriebsratsbüro gelotst, zur Aufnahme in die IGM. Ohne entwickeltes gewerkschaftliches Bewusstsein dient diese „Zwangsorganisierung“ den „Fürsten“.

Der Betriebsrat hat die betriebliche Gewerkschaftsleitung meist fest am Zügel. Das kann eine gute Voraussetzung für die Mobilisierung der Belegschaft gegen den Kapitalisten sein. Bei sozialpartnerschaftlichem Handeln wird aber der Vertrauensleutekörper zum Anhängsel des Betriebsrats geraten. Dann erfüllt der Betriebsrat eine Funktion fürs Kapital im Rahmen der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ (BVerfG), nämlich glaubwürdig zu sein bei den Kollegen: Wenn die Gewerkschaft (sprich der Betriebsrat) etwas sagt, wird es schon seine Richtigkeit haben.

Dafür werden die Kollegen in der Tarifrunde schon mal vors Tor geführt, Tausende bei MAN oder BMW. In Absprache mit dem Management, denn die zwei Stunden Warnstreik, in denen die Bänder stehen, müssen eingearbeitet werden. So berichten Kollegen aus bayerischen Werken immer wieder. Aber dennoch haben solche Veranstaltungen einen Doppelcharakter. Die Kollegen sind tatsächlich vorm Werk, um für wenigstens zwei Stunden zu zeigen: Wir sind wir – die sind die! Warnstreik kann Übung für Größeres sein, kann aber auch bloßes Dampf-ablassen sein, statt den Streik auf die Tagesordnung zu setzen. Da tut sich der innere Widerspruch der Sozialdemokratie auf: starke Organisation, die aber zahnlos bleiben muss. Der Widerspruch ist allerdings auch zu nutzen. In der heißen Tarifrunde 2002 war die Streikbereitschaft in der Autoindustrie groß. Urabstimmung (Demokratie!), die Kollegen standen Gewehr bei Fuß, dann der Abschluss. Wut, aber auch Entmutigung. Die Gewerkschaftsführer

konnten zeigen, dass sie die Kollegen im Griff haben, Kapitalinteressen wurden gewahrt. Und sie wissen, selbstbewusst kämpfende Kollegen sind schwer wieder einzufangen.

Häufig werden den Vertrauensleutekörpern die Entscheidungen von oben vorgegeben. Auf dieser Basis bildet sich Resignation: „Was sollst du dazu noch sagen, die haben doch längst alles beschlossen.“ Wer aber in Vertrauensleuteversammlungen das Maul aufmacht gegen die vom Vorstand diktierten Forderungen, wird schnell abgestempelt als Quertreiber. Der hat in so manchen Betrieben keine Chance mehr, mal in die Vertrauensleutekörperleitung reingewählt zu werden oder auf einen aussichtsreichen Listenplatz bei der Betriebsratswahl zu kommen. Denn die Listen sowohl zu dieser als auch zu jener werden fertig vorgelegt – zur Blockabstimmung. Kampfkandidatur? So ein Kreuz sollen die Lümmels plötzlich haben? So sichert sich das System Sozialpartnerschaft immer wieder ab. Die Dialektik ist: Wenn die zukünftigen Arbeiterführer nicht den Kopf rausstrecken, nicht sichtbar werden für die Massen, sammeln sie keine Bataillone!

Wozu ein kämpferischer Vertrauensleutekörper in der Lage ist, hat der von Daimler-Bremen am 23. 8. 2013 gezeigt: kaum war die geplante Fremdvergabe von Teilen des Karosseriebaus im Werk bekannt geworden, rief er zu einer Protestaktion auf. 3000 Beschäftigte legten 75 Minuten lang die Arbeit nieder und versammelten sich vor dem Tor. Die Bänder standen still.

Beben an der Basis

Die diesjährige IGM-Tarifrunde ist ein gutes Beispiel dafür, wie die innergewerkschaftliche Demokratie durch einen Abschluss „... ohne verstaubte Rituale“, wie Dulger von Gesamtmetall lobte, außer Kraft gesetzt wurde. Dabei wurden nach dem bayerischen Pilotabschluss alle Tarifkommissionen bis auf die in Baden-Württemberg von den Bezirksleitern auf Vorstandslinie festgelegt. Für die jeweiligen Funktionäre hieß das dann wörtlich, das Ergebnis müsse in den Betrieben „verkauft“ werden.

Widerstand regte sich in der Tarifkommission im Bezirk Baden-Württemberg. Vor allem Betriebsräte aus den Autokonzernen kritisierten das Ergebnis. Sie seien von den Kollegen in den Werkshallen beschimpft worden. Vom Lümmel. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats bei Porsche, Uwe Hück, ließ sich zu der Aussage hinreißen: „Das versteht kein IGM-Mitglied. Ich finde deshalb keinen Grund, diesem Abschluss zuzustimmen.“ Die Tarifkommission stimmte schließlich dennoch zu, bei großer Kritik. Der IGM-Vorstand sieht sich genötigt, im Herbst eine Konferenz einzuberufen, bei der eine „interne Diskussion über die Anlage zukünftiger Tarifrunden“ [2] stattfinden soll – Demokratie ist durchsetzbar.

Die wütenden Kollegen in und außerhalb der Tarifkommission werden lernen müssen, Mehrheiten zu organisieren. Sie müssen den Einfluss der kämpferischen Vertrauensleute, die immerhin 800.000 Kollegen zu den Warnstreiks mobilisiert hatten, wieder stärken. Sie müssen dem Lümmel eine Stimme geben.

* Der Autor war Betriebsrat und Vertrauensmann in München, sein prononcierter Beitrag ist demgemäß von seinen Erfahrungen in Bayern bestimmt.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Heinrich Heine – Deutschland ein Wintermärchen, 1844

...

Ein kleines Harfenmädchen sang,
Sie sang mit wahren Gefühle
Und falscher Stimme, doch ward ich sehr
Gerührt von ihrem Spiele.

Sie sang das alte Entsagungslid,
Das Eiapopeia vom Himmel,
Womit man einlullt, wenn es greint,
Das Volk, den großen Lümmel.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text,
Ich kenn auch die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

[2] www.neues-deutschland.de 31. 5.2013



PREKÄR BESCHÄFTIGTE WEHREN SICH – ERFAHRUNGEN, SCHLUSSFOLGERUNGEN, LEHREN

Nach mehr als neun Monaten ist der längste Arbeitskampf in der Geschichte der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) am 9. August zu Ende gegangen. Statt des geforderten Tarifvertrages gibt es ein Paket aus Betriebsvereinbarungen und Regelungsabreden mit dem Betriebsrat und einzelvertraglichen Zusagen. Mit neun Euro liegt der Basislohn gut einen Euro über den niedrigsten Löhnen vor dem Streik. Es gibt ein höheres Urlaubsgeld, höhere Schichtzulagen und eine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden pro Woche. Ein Teil der Kündigungen und Abmahnungen wird von der Geschäftsführung zurückgenommen. Das gilt allerdings nicht für den Betriebsratsvorsitzenden, der aber hoffentlich vor dem Arbeitsgericht Erfolg haben wird. Gemessen am Ziel eines Entgelttarifvertrages, wegen der demütigenden Maßregelungsklausel und wegen des Rachefeldzuges, dem die Kolleginnen und Kollegen derzeit ausgesetzt sind, wird das von vielen nur als Niederlage wahrgenommen. Angesichts der erreichten Verbesserungen, die ohne den Streik niemals durchgesetzt worden wären, angesichts der monatelang bewiesenen Standhaftigkeit, angesichts der sichtbaren Angst, die sie der Eigentümerfamilie bereitet haben und angesichts der erfahrenen breiten Solidarität haben die kämpfenden Kolleginnen und Kollegen aber allen Grund erhobenen Hauptes und gestärkt für einen sicher notwendigen zweiten Anlauf in den Betrieb zurückkehren. (...)

Am 1. November 2012 sind (...) 110 der knapp 200 Beschäftigten in einen Arbeitskampf zur erstmaligen Durchsetzung eines Haustarifvertrags getreten und mehr als neun Monate standhaft geblieben. Vor dem Tor waren fast alle Packer und Betriebsshelfer und ein Teil der Maschinenführer und Handwerker. Zu den Streikenden gehörten sogar Kollegen, die gerade erst befristet eingestellt worden waren.

Wie haben sie das in diesem von prekärer Beschäftigung geprägten Betrieb geschafft? Das ist vor allem das Verdienst einer sehr kleinen Gruppe von Kollegen aus dem vor zehn Jahren gegen den anhaltenden Widerstand der Geschäftsführung gebildeten Betriebsrat und der für den Betrieb zuständigen Gewerkschaftssekretäre. (...)

Wichtig ist in diesem Kontext der Begriff des Klassenkampfes. Für die besonders in „Russen“ und „Türken“ gesplante Belegschaft bezeichnet dieser Begriff das, was sie an gemeinsamen Interessen gegenüber der Eigentümerfamilie hat. Die Gruppe um den Betriebsratsvorsitzenden hat es ausgezeichnet verstanden, die Unterschiede einfach zu akzeptieren und das Gemeinsame zu betonen und mit dem Begriff der Klasseninteressen zu verbinden. Klassenkampf bedeutet dabei: Gemeinsames Eintreten für einen Lohn, mit dem man auskommen kann, gegen Willkür und für Würde. In diesem Sinne hat der Begriff einen positiven Klang bei 60 Prozent der Belegschaft. (...)

Es gibt in dieser Vorbereitungsphase aber zwei Schwächen, die sich im späteren Arbeitskampf als strategische Schwächen herausgestellt haben: Das betrifft erstens die Spaltung der Belegschaft in die überwiegend prekär beschäftigten Arbeiter auf der einen und die Vorgesetzten und Angestellten mit höherer Qualifikation auf der anderen Seite. Bei Streikbeginn sind alle Vorgesetzten der Produktion vom Vorarbeiter bis zum Produktionsleiter, der komplette Angestelltenbereich und die Hälfte der Maschinenführer – insgesamt 85 Leute – im Betrieb geblieben. Zwischen beiden Blöcken der Belegschaft gab es während des Arbeitskampfes fast keine Bewegung. Die Fronten haben sich eher verhärtet. (...) Die Tatsache, dass die Eigentümer sich im Kampf auf ihren Kader aus Vorgesetzten und Angestellten stützen konnten und die Streiken-

den demgegenüber überwiegend aus leicht ersetzbaren Kollegen bestanden, war letztlich entscheidend dafür, dass der Arbeitskampf nicht den nötigen Druck entfaltet hat.

Die zweite Schwäche bestand darin, dass die beispiellose Entwicklung des Organisationsgrades bei Neupack nicht genutzt wurde, um eine gewerkschaftliche Betriebsgruppe und einen Vertrauensleutkörper zu bilden. Das bedeutet, der aktive Kern hat sich nicht vergrößert, und es fehlte innergewerkschaftlich an kollektiver Willensbildung und Durchsetzungskraft. Das war besonders in der zweiten Phase des Streiks ein entscheidender Mangel.

Warum hat die mehrheitlich sozialpartnerschaftlich ausgerichtete IG BCE den Arbeitskampf beschlossen? Zunächst ist da natürlich der Druck aus dem Betrieb. (...)

In dieser Situation haben sich die örtlichen hauptamtlichen Funktionäre der IG BCE für einen Streikbeschluss in dem nach der Satzung der IG BCE zuständigen zentralen Führungsgremium eingesetzt. Dort ist dann Mitte Oktober 2012 das Scheitern der Verhandlungen erklärt und eine Urabstimmung beschlossen worden. Hintergrund der Entscheidung ist wohl folgende Überlegung: Kann sich die IG BCE nicht gegen einen provokativ die Sozialpartnerschaft verweigernden Mittelständler wie Neupack durchsetzen, dann besteht die Gefahr, dass ihr nicht nur an den Rändern, sondern überall die Sozialpartner wegbrechen. Dieser Gedanke klingt an, wenn der Vorsitzende der IG BCE Michael Vassiliades am Beginn des Streiks erklärt: „Wir werden an Neupack ein Exempel statuieren, koste es was es wolle.“ Die Entscheidung für den Arbeitskampf und das erstaunlich lange Durchhalten bedeuten daher keine Abkehr von der Sozialpartnerschaft. Sie stellen vielmehr eine Reaktion auf die von der Wirklichkeit der Krise her-

aufziehende Gefahr für die Linie der Sozialpartnerschaft dar.

Im Funktionärskörper der IG BCE gibt es dabei sehr deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung der Lage und hinsichtlich der notwendigen Konsequenzen. Für die offizielle Linie ist Neupack ein Fall von vorgestern, an dem man ein Exempel statuieren muss, wenn man als Sozialpartner im Geschäft bleiben will. (...) Für viele hauptamtliche Funktionäre verkörpert Neupack dagegen eher die Zukunft. „Neupack ist überall“. Sie erleben die härtere Gangart in vielen Betrieben. Sozialpartnerschaft bleibt für sie ein erstrebenswertes Ziel. Die Wirklichkeit verlangt aber (...) immer drängender, dass die Gewerkschaft das Kämpfen wieder lernt. Eine wachsende Zahl hauptamtlicher und ehrenamtlicher Funktionäre der IG BCE will trotz fortbestehender sozialpartnerschaftlicher Illusionen eine kampfkraftigere Gewerkschaft. Unter dem Motto „beteiligungsorientierte Gewerkschaftsarbeit“ wollen sie deshalb auch eine Wiederbelebung gewerkschaftlicher Basisstrukturen und betrieblicher Aktivitäten.

Dieser Unterschied ist für die Praxis von großer Bedeutung. (...)

Erkenntnisse aus dem Streik

Die Wut und die Kampfbereitschaft von prekär Beschäftigten steigen. Das zeigt Neupack, das zeigen aktuell Amazon und Asklepios, das zeigen die Streiks im Sicherheitsgewerbe in Nordrhein-Westfalen usw. Das ist eine neue und ermutigende Entwicklung. Die Chancen aber, einen Arbeitskampf auch zu gewinnen, sind bei prekär Beschäftigten deutlich schlechter. Das liegt an mindestens vier Faktoren:

- sie sind häufig leicht durch Streikbrecher ersetzbar;
- die Kapitalseite setzt stärker als früher und anderswo auf demütigende Niederlage als auf Kompromiss;
- ein großer Teil von ihnen hat mit Werkverträgen, Leiharbeit und Befristung einen unsicheren Status;
- die Belegschaften in prekär geprägten Betrieben sind stärker gespalten als anderswo.

Gewerkschaftlich beeinflussbar sind davon nur die beiden letzten Aufzählungspunkte. Die Forderung nach einem Verbot von Werkverträgen, Leiharbeit und Befristungen muss zu einer zentralen politischen Losung gegen die Spaltung der Arbeiterbewegung und speziell für die Kampffähigkeit der prekär Beschäftigten werden.

Es ist eine wichtige Lehre aus dem Neupack-Streik, dass man in der Vorbereitung des Arbeitskampfes nicht nur, wie es hier beispielhaft passiert ist, an der Überwindung der „nationalen“ Spaltung der Kollegen in der Fertigung arbeiten, sondern bewusst auch die Kluft zu den Vorgesetzten und Angestellten angehen muss. Betriebsrat und Gewerkschaft müssen solche verbindenden Themen aufgreifen und so den Widerspruch auch dieser Gruppen zum Inhaber vertiefen und die Einheit der Belegschaft weiterentwickeln.

Sozialpartnerschaft ist nicht nur theoretisch falsch. Neupack zeigt, dass sie sich in der Praxis an jeweils ganz konkreten Punkten als schädlich für den Erfolg eines Arbeitskampfes auswirkt. An diesen konkreten Punkten muss man sie angreifen. Aber wie? Die Kritik im Arbeitskampf muss konstruktiv sein. Ihr Ziel ist zunächst nicht „ideologiekritisch“, sondern praktisch: Den Arbeitskampf gewinnen. Die Kritik ist notwendig, um den richtigen Weg dahin zu finden und durchzusetzen und muss gleichzeitig immer die größtmögliche Einheit im Handeln auch mit sozialpartnerschaftlich denkenden Kollegen bewahren.

Der Neupack-Streik zeigt,

- dass es in der IG BCE viele haupt- und ehrenamtliche Kollegen gibt, die grundsätzlich an der Sozialpartnerschaft festhalten, die aber den Streik gewinnen wollen und langfristig die Fähigkeit der Gewerkschaft, erfolgreich Arbeitskämpfe zu führen, stärken wollen. Die praktische Einheit mit ihnen ist für den Erfolg ein „Muss“;
- dass es für den Streikerfolg notwendig ist, schädliche Einflüsse der Sozialpartnerschaft auf die Strategie des Streiks konkret, offensiv und konstruktiv anzugreifen;

- dass es deshalb falsch ist, im Namen der Einheit und Gewerkschaftsloyalität einfach nur mitzuschwimmen.
- Der Neupackstreik zeigt zugleich die Schädlichkeit einer nicht konstruktiven, nicht die praktische Einheit stärkenden, sondern auf bloße Entlarvung der Sozialpartnerschaft oder der Gewerkschaft überhaupt ausgerichteten Kritik.

Gewerkschaftliche Basisstrukturen aufbauen

In einer entscheidenden Phase des Arbeitskampfes bei Beginn des Wellenstreiks hatten viele streikende Neupack-Kollegen Kritik an der falschen, versöhnlerischen Streikführung. Sie hatten auch viele konkrete Vorstellungen davon, wie es anders hätte gemacht werden müssen. Was hauptsächlich fehlte, war das Bewusstsein, selbst für die richtige Streikführung verantwortlich zu sein, ein schlüssiges Gesamtkonzept dafür und das Vertrauen in die eigene Kraft, dies auch in der Gewerkschaft durchsetzen zu können. All das entsteht nicht automatisch durch gewerkschaftliche Basisstrukturen, aber ohne gewerkschaftliche Basisstrukturen wird es nicht entstehen. Solche Strukturen können natürlich auch aus einem Arbeitskampf erwachsen. Für den konkreten Streikerfolg kann es dann aber, wie bei Neupack, bereits zu spät sein.

- * Der Autor ist Mitglied der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und Arbeitnehmer vertretender Rechtsanwalt in Hamburg. Er begleitet die Neupack-Kolleginnen und -Kollegen seit vielen Jahren als Anwalt des Betriebsrates.

T&P dankt dem Autor und der Zeitung jW für die Genehmigung zum Abdruck. Zum ungekürzten Artikel: kurzlink.de/Neupack und www.theoriepraxis.wordpress.com



ZUR THEORIE DER SOZIALEN HAUPTSTÜTZE*

Die Kapitalisten in den imperialistischen Ländern sind eine verschwindende Minderheit. In Deutschland mag es etwa eine halbe Million sein, weniger als ein Prozent der Bevölkerung. Zur Ausbeuterklasse zählen auch kleine und mittlere Unternehmer – die Macht im Staat üben diese jedoch nicht aus. An den Schalthebeln von Wirtschaft und Politik sind nur ein paar hundert Menschen zu finden, die Herren der Banken und Konzerne des Monopolkapitals.

Wie gelingt es dieser Minderheit, die Arbeiterklasse davon abzuhalten, die Fesseln der Ausbeutung zu zerreißen? Selbst den Widerstand gegen den sozialen Kahlschlag immer wieder zum Scheitern zu bringen? Wie gelingt es ihr, die Mehrheit der Bevölkerung zur Hinnahme von Repression, Aufrüstung und Krieg zu bewegen?

Es liegt auf der Hand, dass die Bourgeoisie Zustimmung zu ihrer Politik nicht allein bewerkstelligen kann, sie dafür Unterstützer braucht. Natürlich hat sie ihre Zwangsmittel: die bewaffneten Organe des bürgerlichen Staatsapparats, Polizei und Militär, eine gut entwickelte Klassenjustiz und nicht zuletzt das unterwürfige politische Personal, das ihren ideologischen Einfluss absichert. Auch die Medien, die für dreiste Lügen, Desinformation und Halbwahrheiten sorgen, spielen eine nicht gering einzuschätzende Rolle, sind aber nicht – wie oft dargestellt – entscheidend für die Akzeptanz und Aufrechterhaltung des Systems.

Denn auch sie können auf Dauer nicht verschleiern, dass der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, einem Großteil seiner eigenen Sklaven eine ausreichende Existenz zu sichern. Hätte sie nicht Unterstützer aus den Reihen der Arbeiterklasse selbst, träte „offen hervor, dass die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben.“ [1]

Oberschicht der Arbeiterklasse

Das Monopolkapital leistet sich zur Absicherung seiner Herrschaft eine Oberschicht innerhalb der Arbeiterklasse – Lenin nannte sie *Arbeiteraristokratie*, die sie mit Hilfe der gestiegenen Profite im Imperialismus materiell besser stellt als den Rest der Arbeiterklasse. Ihre Funktion ist es, die Arbeiterklasse immer wieder mit dem System zu versöhnen. Zu den Optionen, Teile der Arbeiterklasse besserzustellen, gehören neben finanziellen Vorteilen auch die Freistellung von der schweren körperlichen Arbeit, (relative) Sicherheit des Arbeitsplatzes, Absicherung der Rente usw. Auch die Arbeiterbürokratie, hauptamtliche (Spitzen-)Funktionäre der Gewerkschaften und die Leitungsgremien der reformistischen Arbeiterparteien, können in den Genuss solcher Privilegien kommen. Für sie alle ist damit, was ihre eigene Person betrifft, die soziale Frage gelöst.

Ideologisch stehen sie für den Reformismus, den Opportunismus, eben den Sozialdemokratismus – ob mit oder ohne Parteibuch. Lenin nennt als wesentliche Faktoren des Sozialdemokratismus: „Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Misstrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber“ [2]. Da sie (gewählte) Vertreter der Arbeiterklasse sind und als solche häufig ihre Kämpfe anführen und ihr Vertrauen besitzen, sind sie weit besser als die Handlanger des Kapitals befähigt, die Arbeiter an den Kapitalismus zu binden.

„Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie‘, in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist (...) in unsern Tagen die soziale (nicht

militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Denn sie sind wirklich Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung (...), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie“. [3]

Mit dieser sozialen Hauptstütze des Kapitals gelang bzw. gelingt es der Bourgeoisie,

- die Arbeiterklasse von der sozialen Revolution abzuhalten (1918/19),
- sie auf die Schlachtbank des Krieges zu führen (1914) bzw. Deutschland wieder kriegstauglich zu machen (1999 Beteiligung am Jugoslawien-Krieg),
- den Widerstand gegen den Faschismus zu spalten (1933) [4]
- und in nicht revolutionären Zeiten den Klassenkampf zu dämpfen und ihm die Spitze abzubrechen.

Objektiv werden damit die Interessen der Bourgeoisie vertreten, was subjektiv nicht immer der Fall ist – für die Wirkung spielt das keine Rolle. Es wird auch nicht behauptet, dass mit der Übernahme von (hohen) betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionen automatisch ein Gesinnungswandel verbunden wäre – schließlich gibt es selbst in diesen Reihen klassenkämpferische Kolleginnen und Kollegen. Lenin betont, dass die Entwicklung nicht das Ergebnis mangelnder Moral einzelner Arbeiterfunktionäre ist. Der Opportunismus sei kein Verrat einzelner Personen, „sondern das soziale Produkt einer ganzen historischen Epoche“ [5], des Monopolkapitalismus. Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung zwischen einzelnen kapitalistischen Staaten, insbesondere die Extraprofite der

imperialistischen Staaten, die sie durch die Ausbeutung der in Abhängigkeit gehaltenen Länder erzielen, ermöglicht es ihren Bourgeoisien, einen Teil der Arbeiterklasse zu integrieren und zu bestechen.

Die Schlussfolgerungen, die sich daraus ergeben – dass es sich um ein objektives Problem und nicht um eines der Moral handelt – werden im folgenden *Briefwechsel von Jürgen Lloyd und Renate Münder* angesprochen, was nicht heißt, dass sie das Problem damit als gelöst betrachten.

Die jahrzehntelange Sozialpartnerschaftspolitik, die von den Opportunisten maßgeblich betrieben wurde, ist heute längst in den Köpfen der Werktätigen verankert. Die Opportunisten können nur so selbstbewusst agieren und sich die Gewerkschaft offensiv zu eigen machen, weil die überwiegende Masse der Kolleginnen und Kollegen sie nicht daran hindert, sie dabei sogar unterstützt und selbst Träger des Reformismus ist. Denn wie wir wissen, ohne die wissenschaftliche Weltanschauung des Sozialismus vertritt das Proletariat ein rein trade-unionistisches Bewusstsein.

Das kann aber wiederum nicht heißen, die Oberschicht der Arbeiterklasse von ihrer Verantwortung zu entlasten. Betriebsräte, hauptamtliche Gewerkschafter werden von der Lohnarbeit freigestellt, damit sie mehr Zeit für die Entwicklung von Kampfstrategien gegen das Kapital haben, und nicht um die Arbeiter vom Kampf abzuhalten!

Eine soziale Hauptstütze benötigt die Bourgeoisie selbst in Zeiten der offenen Terrorherrschaft: Zumindest gehen wir bei den imperialistischen Hauptländern davon aus, dass sie mit Gewalt allein ihre Herrschaft nur schwer aufrechterhalten können. Mit der faschistischen Sammlungsbewegung – die aus konkurrierenden faschistischen Organisationen besteht – baut sie eine potenzielle zweite soziale Hauptstütze auf, lange bevor sie es als notwendig erachtet ein Regime der Gewaltherrschaft zu errichten. Sie hält sie als Reserve und Druckmittel gegen die Arbeiterklasse und um die Ideologie der Volksgemeinschaft, der Leugnung der Klassen und des Klassenkampfes zu verbreiten. Der Wechsel der sozialen Hauptstütze und die Errichtung der fa-

schistischen Diktatur erfolgte vor 1933 in scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Bourgeoisie, insbesondere als sich die Widersprüche zwischen den Imperialisten zuspitzten und sie auf Krieg setzten.

Die sozialdemokratische Oberschicht der Arbeiterklasse wurde dann nicht mehr gebraucht und brutal abseviert – sie landete wie die Kommunisten und die anderen Gegner des Faschismus in den Gefängnissen und Konzentrationslagern. Diese historische Erfahrung bietet die Grundlage für die Anstrengungen, auch diese Teile der Arbeiterklasse für die antifaschistische Einheitsfront zu gewinnen.

* Die kurze Einführung in die Theorie der sozialen Hauptstütze soll das Verständnis des folgenden Artikels erleichtern.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] K. Marx, F. Engels, Das Kommunistische Manifest, MEW Bd. 4, S. 472 f.
- [2] W. I. Lenin Werke, Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale, Januar 1916, Werke Bd. 22, S. 111. „Agenten“ wird hier natürlich im übertragenen Sinn benutzt, nicht als bezahlte Spitzel.
- [3] W. I. Lenin, Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe von „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Ausgewählte Werke, Bd 1, S. 774
- [4] Die Verantwortung für die Spaltung der Arbeiterklasse in erster Linie der KPD anzulasten, muss trotz der Sozialfaschismustheorie zurückgewiesen werden. Diese setzte Sozialdemokratie und faschistische Bewegung praktisch gleich, was natürlich allen Einheitsfrontbestrebungen zuwider lief. Wissen sollte man aber, dass umgekehrt auch die Sozialdemokraten die Gleichsetzung von Kommunisten und Faschisten betrieben. So nannte Kurt Schumacher die Kommunisten 1930 „rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten“. Es waren die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre, die die Interessen der Arbeiterklasse denen des Kapitals unterordneten und die Gewerkschaften damit entwaffneten. Es war eine sozialdemokratische Regierung, die die Novemberrevolution im Blut erstickte. Und es war ein sozialdemokratischer Polizeipräsident, der am 1. Mai 1929 auf demonstrierende Arbeiter schießen ließ zur Freude der Faschisten.

Vor der Reaktion jedoch wich die SPD kampfflos zurück. Sie ließ sich ihr Renommierwerk, das sozialdemokratisch regierte Preußen, am 20. Juli 1932 ohne Gegenwehr aus der Hand nehmen. „Es war wie immer: Auf Kundgebungen der Partei wurden martialische Reden gehalten, empörte Proteste bekundet, scharf formulierte Resolutionen verabschiedet. Das war es dann aber auch schon“, urteilte der Göttinger Politologe Franz Walter. Die Aufforderung der KPD zum Generalstreik und zur Einheitsfront an die Adresse von ADGB und SPD nach diesem Staatsstreich wurde von beiden Organisationen als „Provokation“ zurückgewiesen. Ebenso der Vorschlag eines gemeinsamen Aufrufs zum antifaschistischen Generalstreik vom 30. 1. 1933. Von der KPD kamen – wenn auch spät – Angebote zur gemeinsamen Aktion, und es war die SPD, die sie ablehnte, und die Gewerkschaftsführung, die sich am 1. Mai 1933 kampfflos den Nazis in die Arme warf.

[5] W. I. Lenin Werke, Der Zusammenbruch der II. Internationale, Bd 21, S. 243



DIE SOZIALDEMOKRATIE ALS SOZIALE HAUPTSTÜTZE DES KAPITALISMUS*

Ein Briefwechsel

Im Programm und Statut unserer Partei steht eine zentrale Forderung für die Diskussion in einer kommunistischen Partei: „Erarbeitung von Übereinstimmung“. Unser Ziel bei diesem Mailwechsel war genau das, weshalb wir ihn hier auch in dieser Form wiedergeben.

Ausgangspunkt der Diskussion war folgende Passage in einem Artikel von Jürgen „Was ist Faschismus?“ in der jW vom 20. 6. 2013:

„(...) Solange lediglich das Faktum betrachtet wurde, dass sich das Monopolkapital zur Integration der Arbeiterklasse hinter seine Fahnen auf die Sozialdemokratie stützen konnte, war deren Verurteilung als „stärkste Kraft der Konterrevolution“ ebenso naheliegend wie die Festlegung, „das internationale Proletariat kann seine historische Mission (...) nur im unerbittlichen Kampfe gegen die Sozialdemokratie erfüllen“. (So im Programm der KI, das 1928 vom VI. Weltkongress angenommen wurde). Wurde jedoch diese Integration genauer analysiert und die innere Widersprüchlichkeit, mit der diese stets nur funktionieren kann, berücksichtigt, ergab sich ein anderes Bild. In seinem Referat auf dem VII. Weltkongress der KI zitiert Georgi Dimitroff hierzu Stalin: „Den Sieg des Faschismus in Deutschland [...] darf man nicht nur als Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis des Verrats der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muß ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten (...)“

RM: Führt diese Analyse – dass der Sieg des Faschismus nicht nur als ein Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse, sondern auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie zu betrachten sei – Dich zur Schlussfolgerung, dass die Bekämpfung der Sozialdemokratie als „stärkste Kraft der Konterrevolution“ falsch gewesen sei?

JL: Ich halte die Einschätzung, dass die Sozialdemokratie diese Rolle einnimmt, nicht für falsch. (Höchstens müssten wir hier noch relativieren, dass sie diese Rolle nicht stets in jeder historischen Situation einnimmt. – Aber das ist kein grundsätzlicher Widerspruch zu dieser These). Meine Bedenken betreffen die Schlussfolgerung, deswegen müsse sie bekämpft werden. Diese Schlussfolgerung scheint mir voreilig zu sein.

RM: Du gehst mit Dimitroff (und Lenin) von zwei Herrschaftsmethoden des Kapitals aus, der Methode der Gewalt (Ablehnung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung) und der Methode des Betrugs, des Liberalismus – in der Form des Faschismus und der Form der bürgerlich-demokratischen Republik.

JL: Stimmt, und ergänzend ist mir wichtig, dass es sich nicht um eine Frage einfacher Opportunität handelt, welche Methode das Monopolkapital wählt. Innere Widersprüche zwingen das Monopolkapital dazu, die Tragfähigkeit der zweiten (und bevorzugten) Methode (also der „freiwilligen“ Integration) immer wieder selbst zu untergraben.

RM: Ja, die Schwäche der Bourgeoisie besteht darin, dass sie nicht mehr in der Lage ist, mit der – von ihr bevorzugten – Methode des Parlamentarismus zu herrschen, sondern die nackte Gewalt braucht. Es gibt faschistische Regierungen, die sich allein mit Terror an der Macht halten. Der deutsche Faschismus brauchte eine faschistische Bewegung, um an die Macht zu kommen und sich an der Macht zu halten.

Bei der Herrschaftsform des bürgerlichen Parlamentarismus benötigt die Bourgeoisie so eine soziale Hauptstütze erst recht, um ihre Herrschaft, die gegen die Interessen der breiten Masse der Bevölkerung verstößt, aufrechtzuerhalten. Diese hat sie aus der Arbeiterklasse gewonnen, es ist die So-

zialdemokratie in den Gewerkschaften und den Arbeiterorganisationen, die diese Funktion ausübt.

Wenn Du diese These für falsch hältst, dann müsste geklärt werden, wie und von wem das Proletariat an das kapitalistische System gebunden wird, wieso insbesondere die deutsche Arbeiterklasse trotz aller Angriffe auf sie relativ so wenig kämpft.

JL: Nein, ich halte diese These nicht für falsch. Die Einschätzung, dass der Reformismus, die „freiwillige“ Integration der Arbeiterklasse in den imperialistischen Staat, also die „freiwillige“ Unterordnung unter die Interessen der Monopolbourgeoisie der wichtigste Beitrag zur Absicherung der monopolkapitalistischen Herrschaft ist, dem stimme ich zu. Und es ist die Sozialdemokratie, die (zumindest seit 1914) für genau diese Politik steht. Sie ist nicht ihr einziger Urheber. Die Bourgeoisie (genauer: Teile der Bourgeoisie) arbeiten auch darauf hin – man denke nur an Naumanns „National-sozialer Katechismus“. Aber die Sozialdemokratie ist der originäre Träger dieser Politik innerhalb der Arbeiterbewegung. Dabei ist die Sozialdemokratie natürlich nicht auf die SPD beschränkt zu verstehen.

RM: Die Sozialdemokratie vertritt nicht nur den Reformismus, das Zurückweichen vor dem Klassenfeind, sondern auch den Antikommunismus, den Legalismus (z. B. die Absage an den politischen Streik) sowie die Meinung, der Staat stehe über den Klassen. Damit weiß sie (in nichtrevolutionären Zeiten) den überwiegenden Teil der Arbeiterklasse hinter sich, und tut alles dafür, dass es bei dieser Haltung bleibt.

Darüber hinaus hat die Sozialdemokratie auch gezeigt, dass sie zur Zusammenarbeit mit dem Klassenfeind bereit ist, sogar wenn es um Krieg und Faschismus geht (Kriegskredite, 1. Mai 1933) und dass sie, wenn Arbeiter auf

die Seite des Aufruhrs, der Revolution übergehen, dies mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln – bis hin zur bewaffneten Niederschlagung der Arbeiter – zu bekämpfen gewillt ist (Noske 1919, Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz 1920, Blutmai 1929 usw.).

Die Behauptung, die These von der sozialen Hauptstütze führe zur Sozialfaschismusthese, die von manchen Genossen vertreten wird, kann ich nicht nachvollziehen, hat die Kommunistische Internationale (KI) auch nicht so gesagt. Pieck kritisiert das „starre Festhalten an der Kennzeichnung der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“. Meiner Meinung nach distanziert er sich damit nicht generell von der Strategie und Taktik der KPD in den Jahren vor 33, sondern am „starren Festhalten“ unter den anderen Bedingungen, als die Gefahr des Faschismus eine andere Strategie verlangte: als nämlich der Hauptstoß gegen die faschistische Bewegung hätte geführt werden müssen.

JL: Ich bin einverstanden mit der Beschreibung der Rolle der Sozialdemokratie. Dann aber möchte ich differenzieren: Dass sich Piecks Kritik nicht generell auf die Politik der KPD – und auch nicht auf die Kennzeichnung als soziale Hauptstütze – erstreckt, das sehe ich genauso wie Du. Ich sehe auch keinen Grund, dass aus der Analyse der die monopolkapitalistische Herrschaft absichernden Rolle der Sozialdemokratie die Sozialfaschismusthese folgern müsste. Im Gegenteil: Es geht doch darum, diesen Fehlschluss zu verhindern. Allerdings sehe ich den Grund, warum „starres Festhalten“ ab einem bestimmten Punkt zum Fehler wurde, nicht in einer Defensivposition angesichts des drohenden Faschismus, sondern in dem, was ich als „Scheitern der Sozialdemokratie“ bezeichnet habe. Hier liegt meiner Vermutung nach der Kern unserer Differenz. Deswegen habe ich oben ergänzend auch darauf hingewiesen, dass das Monopolkapital nicht „beliebig“ auf die Integrations-Methode zur Herrschaft bauen kann. Die Tatsache, dass Integration (und damit aber auch die ihrer Funktion als Hauptstütze gemäß Arbeitsgrundlage der Sozialdemokratie) scheitert, muss für uns aber auch Schlussfolgerungen in unserem Umgang mit der Sozialdemokratie haben. Meiner Meinung nach ist das der

Punkt, wo es falsch wird, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Allerdings (das soll jetzt aber keine Wortklauberei sein) ist das gleichzeitig auch ein Punkt, wo es umso wichtiger ist, den „Sozialdemokratismus“ – ich möchte das mit Opitz als „Integrationsideologie“ übersetzen – zu bekämpfen und die Arbeiter von der Richtigkeit der kommunistischen Politik zu überzeugen, wie es Dimitroff in seinem Referat vom VII. Weltkongress gefordert hat.

RM: Die Etikettierung der Sozialdemokratie als Sozialfaschisten war sektierisch, keine Frage. Wenn man im Kopf hat, dass die Sozialdemokratie die Hauptstütze der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse ist, kann das natürlich zu einem Problem bei der Herstellung der Einheitsfront werden. Doch die KPD hat in ihren besten Zeiten bewiesen, dass dieser Widerspruch lösbar ist, z. B. in der Kampagne zur Fürstenenteignung 1926, wo ihr nicht nur die Einheitsfront von unten, sondern auch die Einheitsfront von oben gelang. Solche Themen heute zu finden ist unsere Aufgabe.

Es geht also nicht darum, auf der einen Seite Arbeiterverräter anzuprangern, auf der anderen Seite eine kampfbereite Arbeiterklasse zu vermuten, die von Ersteren an revolutionären Taten gehindert würde. Das wäre eine falsche Schlussfolgerung. Beide Seiten stehen in dialektischem Zusammenhang miteinander.

JL: Auch hier Zustimmung. Und ich bin mir sicher, dass wir uns auch einig sind: Diese Dialektik im Detail aufzuzeigen wäre lohnenswert. Wichtige Punkte dazu hast Du ja m. E. auch schon beschrieben.

RM: Den Begriff „Hauptstoß“ in der Erklärung der KI halte ich allerdings für missverständlich. Die Sozialdemokratie hindert uns am Kampf, ihre Argumente müssen vor den Arbeitern zerpfückt werden, ihre Methoden sie durchzusetzen, gehören angeprangert. Aber der Hauptstoß muss immer gegen das Kapital gehen.

JL: Ich möchte noch mal auf die Bedingungen zurückkommen, unter denen es zum „Scheitern der Sozialdemokratie“ kommt. Ich stimme natürlich zu, dass sie eine falsche Analyse hat und deswegen auch nicht in der Lage ist, kon-

sequente, richtige Politik zu machen. Aber trotzdem trifft es m. E. nicht den Kern, dies als Ursache für ihr Scheitern zu bezeichnen. Die Ursache, die wir dafür nennen sollten, ist die Realität der Herrschaftsausübung im Kapitalismus: Auch wenn es sich die Sozialdemokraten noch so sehr wünschen: Der Monopolkapitalismus ist nicht fähig, die Mehrheit der Menschen dauerhaft zufriedenzustellen. Und das ist m. E. der letzte Grund, warum die sozialdemokratische Politik scheitern muss. Ich vermute jedoch, dem wirst Du auch zustimmen. Wenn dem so ist, sollten wir deutlich machen, was aus dieser anderen Betonung für die Praxis zu folgern ist.

RM: Einverstanden. Die falsche Analyse der Sozialdemokratie besteht meiner Meinung nach in ihrer Annahme (oder besser Wunschvorstellung), dass das Monopolkapital sich von der äußersten Aggressivität und Brutalität abhalten ließe, wenn sich die Arbeiterklasse ruhig hält. Das Gegenteil ist der Fall: Je ruhiger die Arbeiterklasse, desto mehr fühlt sich das Kapital ermuntert. Das Kapital wird von ökonomischen Gesetzen getrieben, wie Du schon festgestellt hast, es muss bei Strafe des Untergangs wachsen, stärker werden und seine Konkurrenten besiegen. Letztlich mit Krieg und Faschismus.

Mit Deiner Formulierung vom „Scheitern“ vermeidest Du den subjektiven Faktor, d. h. die persönliche Verantwortlichkeit.

JL: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir beim „Scheitern“ wirklich an das Gleiche denken. Mir geht es in der Tat um einen objektiven Prozess: Die Sozialdemokratie (es wäre vermutlich verständlicher, wenn ich das an dieser Stelle als „die Integrationsstrategien“ übersetzen würde) muss scheitern, wegen der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Ganz simpel ausgedrückt bedeutet das nichts anderes als: Das Kapital ist nicht fähig, die Menschen dauerhaft zufriedenzustellen! Dies ist meines Erachtens objektiv so. Das „Scheitern“ erfolgt insofern unabhängig vom subjektiven Faktor. Dieser kommt ins Spiel, wenn wir untersuchen, warum die Sozialdemokratie den reformistischen Weg einschlägt, und der subjektive Faktor wird noch wichtiger, wenn es nun darum geht, wie in der Situation des Scheiterns damit umgegangen wird.



RM: Was heißt es für Kommunisten: den Sozialdemokratismus zu bekämpfen? Letztlich haben wir kein anderes wirksames Mittel, als Überzeugungsarbeit unter den Massen zu leisten. Das gilt auch, wenn die Linke stark ist oder gar eine revolutionäre Situation herrscht. Dann versuchen gerade die linken Sozialdemokraten, die Spitze zu übernehmen, bedienen sich dabei auch gerne marxistischer Terminologie, aber mit dem Ziel, der Bewegung die Spitze abzubrechen.

Wenn jedoch die Sozialdemokratie die Gewehre auf die Arbeiter und nicht auf die Kapitalisten richten lässt, dürfte es mit der geduldigen Überzeugungsarbeit Schluss sein! Die Vertreter des Sozialdemokratismus haben Gesicht, Namen und Adresse. Noske hat den „Bluthund“ gespielt, aber auch Hartz IV tötet.

Dennoch darf sich unsere Kritik auf keinen Fall bloß auf die „Entlarvung“ beschränken – da stimme ich Dir zu. Wir werden die Kollegen von der „Unrichtigkeit der reformistischen Politik“ nur dann überzeugen, wenn wir konstruktive Vorschläge machen und dabei die Einheit mit ihnen suchen.

JL: Dimitroff hat die Einheitsfronttaktik als Methode beschrieben, die sozialdemokratischen Arbeiter „von der Unrichtigkeit der reformistischen Politik“ zu überzeugen. Ein Baustein für diese Überzeugungsarbeit, auf den es m. E. wesentlich ankommt, muss die Erfahrung des Scheiterns des Reformismus sein. Wenn ich oben davon gesprochen habe, dass objektive Gründe dahin führen, so bedeutet das natürlich nicht, dass es hier einen Automatismus für den Lernprozess gibt und unsere Aufgabe dabei sich aufs Zuschauen und Abwarten verlegen dürfte. Es ist unsere Aufgabe, dort wo die Integrationsstrategien des Monopolkapitals versagen, weil die Menschen mit der kapitalistischen Realität unzufrieden sind, mit unseren Antworten und mit einer realistischen Perspektive den Weg für eine alternative Lösung anbieten zu können. Und von dieser Aufgabe leiten sich m. E. auch die Anforderungen an unseren Umgang mit der Sozialdemokratie ab, wenn diese ihre desorientierende Rolle noch (aus Sicht der Bourgeoisie) erfolgreich ausüben kann. Die Politik der Einheitsfront (und analog dazu auch die Bündnispolitik über den Bereich

der Arbeiterklasse hinaus) haben darin ihre Berechtigung. Um es plakativ zu machen: Diese Notwendigkeit für unsere Bündnispolitik zu missachten ist ein Fehler des „linken“ Revisionismus, die Aufgaben und die Berechtigung unserer Bündnispolitik aber in anderen Quellen zu sehen, ein Fehler des rechten Revisionismus.

Diese Bestimmung des Sinns der Bündnispolitik mit den Sozialdemokraten muss selbstverständlich auch Folgen für ihre konkrete Ausgestaltung haben. Wir sollen und wir dürfen nicht erwarten, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Illusionen in einen schöner gestaltbaren Kapitalismus bereits aufgegeben haben, wenn wir mit ihnen gemeinsam für das Teewasser kämpfen. Wir arbeiten dafür, dass dies eine Folge des gemeinsamen Kampfes sein wird. Gleichzeitig dürfen wir aber nie daran Zweifel aufkommen lassen, dass wir die Illusionen für Illusionen halten und müssen z. B. erklären, dass – auch wenn die bürgerlich-parlamentarische Form des Kampfes uns das Teewasser hat erringen lassen – diese Form keine Gewähr dafür bietet, dass es uns nicht morgen wieder weggenommen wird.

RM: Die Voraussetzung dafür ist aber, dass die Kolleginnen und Kollegen Handelnde sind – nur dann können sie beurteilen, ob das Vorgehen der Gewerkschaft ihren Interessen entspricht. Und es ist ein großes Problem für uns, dass die Führung der IG Metall versucht, den Klassenkampf selbst in der Form des tariflichen Kampfes möglichst zu vermeiden.

JL: Ja, Du hast Recht. Das ist und bleibt unverzichtbar. Klassenbewusstsein ist ja keine intellektuelle Denkübung, sondern entsteht als bewusstes Handeln der Klassenangehörigen als Klasse. Dazu gehört also dreierlei: Zum ersten das Handeln, also das was in den Feuerbach-Thesen als die „tätige Seite“ bezeichnet wird. Zum zweiten das Bewusstsein, die Erkenntnis von Zusammenhängen, Gründen und vergangenen und möglichen Entwicklungen. Das entsteht nicht spontan. Und zum dritten die Klasse, der Bezugspunkt der gemeinsamen Interessen und des Kampfes um deren Durchsetzung. (Die Notwendigkeit, diese Einheitlichkeit der Klasse zu berücksichtigen, ist m. E. viel bedeutender für unsere Einheitsfrontpolitik als die Einsicht, dass wir ohne Einheit

geschwächt sind). Alle drei Aspekte gehören zusammen und müssen sich auch in unserer Strategie widerspiegeln. Ich denke, in diesem Punkt sind wir uns einig. Wir sind uns auch einig, dass die Sozialdemokratie hierbei eine Rolle spielt, die diesem Bemühen entgegensteht. Uns aus vermeintlicher Rücksicht auf die Einheit von diesem Bemühen abbringen zu lassen oder Konzessionen zu machen, wäre ein Fehler. (Der Name dieses Fehlers ist Opportunismus). Aber wir müssen unterscheiden zwischen Konzessionen an die Sozialdemokratie und Konzessionen an den Bewusstseinsstand derjenigen, die sich von ihr einbinden lassen. Wenn die Sozialdemokratie auf Reformismus macht, können wir sie – statt zu bekämpfen – auch begleiten und (im Kampf für Reformen, nicht in der Verbreitung ihrer Ideologie!) unterstützen, solange sie damit noch nicht vor der Unersättlichkeit des Monopolkapitals bankrott gemacht hat und die Kolleginnen und Kollegen dies noch nicht erkannt haben. Wenn Du also schreibst, dass mit der geduldigen Überzeugungsarbeit Schluss sein muss, wenn der offene Verrat das Handeln bestimmt, dann stimme ich Dir nur zu, wenn wir das „offene“ so definieren, dass damit gemeint ist, der Verrat ist für die Mehrheit der Arbeiterklasse offensichtlich.

* Zum Begriff der sozialen Hauptstütze siehe vorigen Artikel von Renate Münder



DEUTSCHE BAGDADBAHN-POLITIK – DAMALS UND HEUTE

Die praktische Realisierung der Bagdadbahnpolitik begann 1903. Die Ziele und Absichten sind schon älter. Sie entwickelten sich mit dem Kapitalismus in Deutschland und mit seiner expansionistischen Politik. Am Beginn der Außenpolitik des Deutschen Reiches steht der Sieg über Frankreich. Annexion und Kontribution wurden für die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland und für das politische Kräfteverhältnis in Europa von großer Bedeutung. Für die deutsche Außenpolitik wurde die Änderung des bestehenden Kräfteverhältnisses zwischen den Großmächten unumstößlich.

Der Krieg gegen Frankreich zeigte auch, dass Veränderung des bestehenden Kräfteverhältnisses zwischen den Großmächten hieß: gewaltsame Veränderung! Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und spätere Reichskanzler Fürst von Bülow bekannte sich zu diesem Weg. Er erklärte im Reichstag am 11. Dezember 1899: „Das Mittel, in dieser Welt den Kampf ums Dasein durchzufechten ohne starke Rüstung zu Lande und zu Wasser, ist für ein Volk von bald sechzig Millionen, das die Mitte von Europa bewohnt und gleichzeitig seine wirtschaftlichen Fühlhörner ausstreckt nach allen Seiten, noch nicht gefunden worden. In dem kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk Hammer oder Amboß sein [1]. Für dieses Konzept der deutschen Außenpolitik nach der Bildung des Deutschen Reiches zahlte das deutsche Volk erst mit der Aufrüstung und dann mit dem Krieg und das zweimal in einem Jahrhundert!

Mit der auf ökonomischer Macht basierenden militärischen Stärke und bei gleichzeitiger Ausnutzung der Widersprüche im Lager der anderen Großmächte und Konkurrenten strebte der deutsche Imperialismus danach, wie ein Hammer auf die anderen Völker einzuschlagen, um sich den Platz an der Sonne zu erobern und zu sichern. Mit dem Werden der kapitalistischen Großmacht entwickelte sich in zunehmen-

dem Maße der Widerspruch zwischen der ökonomischen Macht des sich herausbildenden deutschen Imperialismus und seinem relativ geringen Einflussgebiet.

Mit dem Bau der Eisenbahnlinie von Konya in der Türkei über Bagdad bis zum Persischen Golf, der 1903 von einer von der Deutschen Bank kontrollierten Gruppe von Banken und Monopolgesellschaften begonnen wurde, und mit der sogenannten Bagdadbahn-Politik wurde

- eine der Hauptrichtungen der Expansion des deutschen Imperialismus vor 1914 in Angriff genommen,
- eine durchgehende Verbindung zwischen Berlin und dem Golf gebaut
- und schon damals ein typisches Beispiel für die Unterwerfung unabhängiger Länder durch das Finanzkapital auf dem Wege der „friedlichen Durchdringung“ geschaffen.

Das Projekt brachte dem deutschen Kapital erhebliche wirtschaftliche Vorteile. Mit der Bagdadbahn-Politik verbunden führende Kreise des deutschen Imperialismus das Ziel, den Vorderen Orient ökonomisch und politisch zu beherrschen und die Türkei militärisch für den Kampf um die Neuaufteilung der Welt zu nutzen.

Die Bagdadbahn ermöglichte dem deutschen Imperialismus nicht nur die Ausplünderung und politische Unterwerfung der Türkei, sondern auch den Vorstoß nach Vorder- und Innerasien, ohne den von Großbritannien beherrschten Seeweg, besonders über den Suezkanal, zu benutzen. Mit dieser Politik stieß Deutschland zugleich mitten in einen wichtigen Kreuzungspunkt der Interessen europäischer imperialistischer Staaten. Diese Expansionslinie Deutschlands führte nicht nur zur Verschärfung der zwischenimperialistischen Gegensätze zwischen Deutschland und Großbritannien, sondern auch zwischen Deutschland und Frankreich/Russland und wirkte mit als Ursache für den ersten Weltkrieg.

Interessen gegenüber der Türkei

Das Verhältnis zur Türkei war schon damals für die deutsche Expansionspolitik eine zentrale Frage, ein außerordentlicher geopolitischer Dreh- und Angelpunkt. Durch die Niederlage des deutschen Faschismus wurde sie zeitweilig unterbrochen und nach der Niederlage des Sozialismus in Europa verstärkt wieder aufgenommen.

Im Januar 1994 erklärte der deutsche Außenminister Klaus Kinkel anlässlich eines Türkei-besuches: „Es ist so, dass die Türkei für uns eine hohe strategische, politische, wirtschaftliche, kulturelle Bedeutung hat, insbesondere nach dem Wegfall des Ost-West-Konflikts. Dies ist der Fall im bilateralen Bereich, aber eben auch, was Europa insgesamt anbelangt, (...) die Brückenfunktion der Türkei ist in der Region hin zu Asien, hin zum Balkan natürlich von außerordentlicher Bedeutung“ [2]. Mehrere Faktoren spielen dabei eine Rolle:

- a) Die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen gelten seit langem als eng. Deutschland ist wichtigster Handelspartner der Türkei und der größte ausländische Investor. Die Zahl der deutschen Unternehmen bzw. türkischer Unternehmen mit deutscher Kapitalbeteiligung liegt bei 5000. Das Land gilt als Billiglohnstandort. Der Energie- und Transportsektor ist von besonderem Interesse für die deutsche Wirtschaft, weil sie sich Milliardenaufträge auf diesem Gebiet erhofft.
- b) Anknüpfend an frühere Tage ist auch die Deutsche Bahn AG im Türkei-Geschäft engagiert. Die türkische Eisenbahngesellschaft (TCDD) erlaubt der DB per Vertrag umfangreichen Einfluss auf die türkische Staatsbahn bei der „europa-konformen Ausgestaltung ihres Eisenbahnwesens“. Gemeinsam mit TCDD hat die DB nach dem Auftrag für die Wiederbelebung der Schienenverbindung Istanbul – Bagdad – Basra gekämpft, die auf die Bagdad-Bahn



zurückgeht, die Anfang des 20. Jahrhunderts von der deutsch geführten „Deutsch-Anatolischen-Eisenbahngesellschaft“ errichtet wurde.

- c) Politisch-strategisch geht die deutsche Außenpolitik auch gegenwärtig davon aus, dass sich die Türkei an einer geopolitischen Schnittstelle zwischen den Regionen des Balkans, des Kaukasus und des Nahen und Mittleren Ostens befindet. Das deutsche Kapital legt großen Wert auf die Stärkung seiner Positionen am Bosphorus und in Anatolien. Das tut es aber nicht nur deshalb, weil die Türkei mit ihrer wachsenden Bevölkerung attraktiver Billiglohnstandort und Zukunftsmarkt ist, sondern weil die Türkei sich als Standort für Geschäfte im Nahen Osten, im Kaukasus und in Zentralasien anbietet.

Weg in den Kaukasus

Die Regierungen der nach 1990 gewachsenen BRD haben sowohl unter der Kanzlerschaft der CDU als auch der SPD dem Streben nach Einfluss in der Region zwischen Schwarzem und Kaspischen Meer und darüber hinaus große Bedeutung beigemessen. Gernot Erler, damals Staatsminister im Auswärtigen Amt, nannte in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „Ost-West-Kontakt“ (4/2007) das Anliegen: „Es ist eine Region von wachsender Bedeutung. Das hängt mit den Sicherheitsfragen und den Energieressourcen zusammen.“ Sie strebten und streben danach, auf ehemals sowjetischem Territorium Position zu beziehen, sowohl mit als auch gegen Moskau. Das deutsche Expansionsstreben trachtet danach, hier mit der türkischen Ethno-Politik ein Bündnis einzugehen. Die Versuche Ankaras, über den Kaukasus eine geostrategische Brücke aufzubauen, um sich als „Schutzmacht der Turkvölker“ zu etablieren, sollen im Interesse der deutschen Expansion eingesetzt und ausgenutzt werden. Umgekehrt will sich auch die Türkei des deutschen Potenzials bedienen.

Laut deutschem Konzept soll die „Heranführung“ der Türkei an die Europäische Union „eine euro-islamische Brücke“ (Volker Rühle, CDU) bauen, auf der Berlin einen „Transmissionsriemen“ „bis hin zum Kaukasus“ [3] in Gang setzen möchte. Bundeskanzlerin Merkel erklärte: „Man muss sich einmal die geostrategische Lage anschau-

en: Ein Dreieck zwischen Russland, China und der Europäischen Union. Es gibt ein strategisches Interesse der EU, sich dieser Region als Nachbarschaftsregion anzunehmen.“

Brücke in den Nahen und Mittleren Osten

Neben der Funktion einer Brücke nach Zentralasien soll die Türkei ebenso eine Brücke in den Nahen und Mittleren Osten bilden. Bereits im Sommer 2002 hatte der deutsche Wirtschaftsminister angekündigt, die deutsche Wirtschaftsexpansion im „gesamten Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika“ zu verstärken. Dabei gehen Wirtschaftsexpansion und verstärktes Bemühen um politisch-militärische Einflussnahme in der Politik Berlins Hand in Hand.

Ein Beispiel, wie die deutsche Industrie in eine Position gebracht wird, die bestimmend im jeweiligen Land und in der Region ist, liefert die Deutsche Bahn AG, die 2009 mit Qatar ein Abkommen unterzeichnet hat, das ihr Mitsprache beim Bau eines Schienennetzes in dem Golfstaat sichert. Das Abkommen sieht den Aufbau einer nationalen Eisenbahngesellschaft vor, an der die DB mit 49 Prozent exklusiv beteiligt ist. Hier werden sämtliche Planungs- und Baumaßnahmen für eine Hochgeschwindigkeitsstrecke nach Bahrain, eine Strecke nach Saudi-Arabien, eine Strecke für Güterzüge sowie ein Metrosystem für die Hauptstadt Doha eingeleitet und überwacht. Das Projekt stellt den größten Auftrag in der bisherigen Unternehmensgeschichte der DB dar. Das Geschäft ist mit der Aussicht auf weitere derartige Abkommen auf der gesamten Arabischen Halbinsel verbunden.

Während die Bundesregierung die wirtschaftliche Anbindung der arabischen Ressourcenregion stärkt, setzt sie auch die rüstungstechnische und militärpolitische Kooperation mit den Golfstaaten fort. Dazu wird von der Bundesregierung auch die weitere Verzahnung von Entwicklungs-, Außen- und Militärpolitik vorgenommen [4]. Grundlage des neuen Strategiepapiers sind die dem BMZ zufolge gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem Verteidigungsministerium erarbeiteten „ressortübergreifenden Leitlinien“ für eine „kohärente Politik“ gegenüber „fragilen Staaten“. Wie das BMZ-Strategiepapier stellen auch die „Leitlinien“ einen „untrennbaren Zusammenhang von Sicherheit und Entwicklung“ her und bekennen sich zu einem „vernetzten Ansatz“, der Entwicklungs-, Außen- und Militärpolitik im Interesse eines „internationalen Krisenmanagements“ [5]. Ausdrücklich berufen sich die „Leitlinien“ auf das 2006 von der Bundesregierung verabschiedete „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, das die Bundeswehr als „Instrument“ zur weltweiten Durchsetzung „deutscher Interessen“ definiert.

Bagdadbahn-Politik ist also heute ein geschlossenes und langfristig angelegtes Konzept des deutschen Großkapitals und der Regierung zur wirtschaftlichen, politischen und militärischen Expansion des deutschen Imperialismus und zur Ausbeutung fremder Völker.

Merke: Obwohl der deutsche Imperialismus schon damals dem Volke keine andere Perspektive als die der Arbeitslosigkeit und der Rüstung geben konnte, gelang es ihm mit Hilfe seiner chauvinistischen Ideologie, große Teile der Bevölkerung vor den Karren seiner räuberischen Expansionspolitik zu spannen und auf den verhängnisvollen Weg des Krieges und der Unterdrückung fremder Völker zu treiben!

Wir danken dem Autor und den „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“ Heft 7/2013 für die Genehmigung zum Abdruck.

Wir danken dem Autor und den „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform“ Heft 7/2013 für die Genehmigung zum Abdruck.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Bernhard von Bülow, Denkwürdigkeiten, Bd. I, Berlin 1930, S. 283. Zitiert nach: Walter Bartel, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958, S. 39
- [2] Zur deutschen Türkeipolitik. Geschichtlicher Überblick ..., In: Kurdistan Report 79 (1996), S. 18
- [3] FAZ 19.01.2004
- [4] BMZ-Strategiepapier 4/2013
- [5] Auswärtiges Amt/Bundesministerium für Verteidigung/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Für eine kohärente Politik der Bundesregierung gegenüber fragilen Staaten – Ressortübergreifende Leitlinien. Berlin, August 2012



„FÜR EIN EGALITÄRES EUROPA“ ODER UTOPIA 2013

Eine Gruppe um Karl Heinz Roth und den griechischen Autor Zissis Papatimitriou hat einen Aufruf ins Netz gestellt „Die Katastrophe verhindern – Aufruf für ein egalitäres Europa“, der um Unterzeichner wirbt (jW 30. Mai 2013). Ehrlicher hätten die Autoren ihren Aufruf „Wie lässt sich der revolutionäre Bruch verhindern? – Aufruf für eine Utopie“ getitelt.

Der Analyseteil beschränkt sich weitgehend auf die Krisenstrukturen in der Geldpolitik. Die Krise als Überproduktions- und Überakkumulationskrise und somit eingebettet in den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital berühren die Autoren, wohlwollend betrachtet, nur marginal. Ohne den Bezug zur materiellen Basis der Produktion auch nur zu nennen, betonen sie, die „Ära des sozialen Keynesianismus“ sei „durch eine marktradikale Strategie der Lohnsenkungen, des Sozialabbaus und der Privatisierung der öffentlichen Güter abgelöst“ worden. „Die Zahlungsbilanzen“ seien „aus dem Gleichgewicht“ geraten. Man habe sich zu wenig um die „Wiederherstellung der Balance“ gekümmert.

Die „neo-merkantilistische Orientierung“ habe zur „Herausbildung struktureller Ungleichgewichte“ geführt, wodurch die „Peripherieländer in eine schwere Depression“ geraten seien. Die verordneten Austeritätsprogramme hätten zudem krisenverschärfend gewirkt. Der „Vorrang der exportorientierten und niedrigentlohnenden neo-merkantilistischen Politik“ habe gleichzeitig Europa „zur imperialistischen Supermacht“ aufsteigen lassen und bilde den ersten Erklärungsansatz für die Krisenentwicklung. Der zweite Erklärungsansatz leite sich aus den „Umbrüche(n) innerhalb der institutionell-politischen Ebene“ ab, „die den Übergang der EU-Mitgliedsländer zur deflationären Niedriglohnpolitik, zur Demontage der sozialen Sicherungssysteme und zur Unterwerfung der öffentlichen Güter unter die Verfügungsgewalt der Kapitalvermögensbesitzer bewirkt“ hätten.

Davon abgewichen zu sein, dafür trügen „wichtige Strömungen der institutionellen Linken“ (Grüne, Sozialdemokraten, Linke, Eurokommunisten) maßgebliche Verantwortung für die „kapitalistische Restrukturierung“ und „diese marktradikale Restauration“. Dass es „den konservativen Flügeln der herrschenden Eliten ermöglicht“ wurde, „sich als die ‚moderaterere‘ Variante des Herrschaftssystems zu präsentieren“, verstehen die Autoren als dritten Erklärungsansatz für die bestehende Misere.

Die Eliten des Monopolkapitals haben leider nicht so gehandelt, wie sie es nach Meinung der Autoren hätten tun sollen: Sie wieder zu einer sozial verträglicheren Politik zu bewegen, zu einer Re-Restrukturierung des Sozialstaates, der offenbar von Roth als nicht kapitalistisch strukturiert verstanden wird, mag das Kernanliegen des Aufrufs sein. Grüne, Eurokommunisten und Sozialdemokraten hätten bei ihrem Sozial-Keynesianismus bleiben, in Regierungsfunktion das Finanzkapital zu einer anderen Geldpolitik bewegen, die Ungleichgewichte in Europa verhindern und die einseitige Exportorientierung unterbinden müssen!

Roth und Co setzen auf die Netzwerke der sozialen, bunten Bewegungen ohne Parteiorientierung – selbstbestimmt und selbstverantwortet: eine selbst ernannte Assoziation *Egalitäres Europa*. Diese Bewegung würde sich „eine neue politische Verfassung“ geben mit einem „post-nationalstaatliche(n) Ansatz“ im „Projekt einer Föderativen Republik Europa“, „basisdemokratisch verfasst“ nach den „Prinzipien der direkten Demokratie“ und mit einem 9-Punkte-Programm Europa auf einen sozialstaatlichen Weg zwingen.

Die Autoren glauben in der Sozialforumsbewegung das Subjekt der Veränderung gefunden zu haben, eine Bewegung, die nur marginal das wirkliche Subjekt der Veränderung, die Arbeiterklasse, erreicht. Diese ist in ihren

Augen viel zu schwerfällig und desorientiert – als revolutionäres Subjekt kommt sie für die Autoren offensichtlich nicht mehr in Betracht.

Auf einen kurzen einfachen Nenner ohne viel Verklausulierung gebracht, lautet die Botschaft des Aufrufs: Die von der Krise betroffenen Menschen schließen sich spontan zusammen. Organisationsprinzipien mit festen Strukturen gibt es nicht, Parteien bleiben außen vor. Alle entscheiden alles. Das heißt direkte Demokratie, ihr Vorbild ist die Sozialforumsbewegung. Dort lassen sich Aktivisten von kleinen und kleinsten Gruppen zu Organisatoren der Bewegung legitimieren, oder sie sind es einfach qua erster Initiative: Stellvertreter einer Anti-Stellvertreterbewegung. Die großen Events werden von Aktivisten der Attac- und Sozialforumsbewegung organisiert, die nie gewählt wurden und aufgrund zumeist zufälliger Vereinbarungen agieren, die selten den Beteiligten nicht offen liegen, geschweige denn von ihnen demokratisch kontrolliert werden. Jüngstes Beispiel ist der *Alter Summit* in Athen.

Kein Wort zur Herrschaft des Monopolkapitals, kein Wort zur Machtfrage, alles soll in den Bahnen sozialer Massenbewegungen peu à peu in das egalitäre Europa schliddern, schiedlich-friedlich, stets basis-demokratisch, stets ohne Partei. Benötigen die in den neun Punkten dargestellten Ziele nicht eine Massenmobilisierung, einer revolutionären Situation vergleichbar? Oder gab es jemals die Bereitschaft staatsmonopolistischer Systeme, reformalternative Zugeständnisse zu machen, außer in revolutionären Situationen? Zur Überwindung einer Welt imperialistischer Konkurrenz, die 50 Millionen Hungertote für ihren Profit jährlich opfert, wird eine Träumerei präsentiert, wo grundlegende Veränderungen ohne härtesten Klassenkampf durchgesetzt werden sollen.

Die Autoren sehen als Träger des Prozesses „gesellschaftliche Initiativen“,



„die sich nicht an den politischen Parteien orientieren und auf jeglichen Avantgardeanspruch verzichten“ – dieser Hinweis ist klar: Es kann nur die marxistisch-leninistische, die kommunistische Partei gemeint sein.

Die marxistisch-leninistischen Parteiprinzipien folgende Aufstandsbewegung hat es in einer bestimmten historischen Situation 1917 immerhin geschafft, das Pack zum Teufel zu jagen und für kurze Zeit – bis zur Intervention der imperialistischen Staaten – eine basisdemokratische Realität herzustellen, von der die heutigen Sozialforumsaktivisten nur träumen können. Und der ihr folgende Aufbau der sozialistischen Gesellschaft benötigte nicht weniger starke demokratische Initiativen – ohne aktive Unterstützung der Arbeiterklasse und der armen Bauern wäre er nicht möglich gewesen. Die Verletzung kommunistischer Parteiprinzipien, verbunden mit großen Verbrechen, von der diese Zeit auch geprägt wurde, bedarf dialektischer Aufarbeitung, statt die Schlussfolgerung zu ziehen, dass die gesamte Leninsche Parteitheorie auf den Müllhaufen der Geschichte gehört. Wir halten nach wie vor den Weg zum Sozialismus/Kommunismus nur für machbar, wenn folgende Prinzipien eingehalten werden, wie sie von Marx/Engels und Lenin herausgearbeitet wurden:

1. Im Zentrum steht die Eigentumsfrage – das aber reicht nicht aus!
2. Ohne die Klärung der Machtfrage wird es keinen Weg zum Sozialismus geben.

3. In diesem Zusammenhang steht jeder Kampf um Reformen. Die Reform ist das Mittel, die Revolution der Zweck, wie Rosa Luxemburg formulierte.
4. Die revolutionäre Bewegung braucht eine revolutionäre Partei, die kommunistische Partei.
5. Das Subjekt der Revolution ist die Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen vom Monopolkapital abhängigen Schichten – nicht die kommunistische Partei.
6. In der Revolution ergreift dieses Bündnis die politische Macht in allen gesellschaftlichen Sektoren, insbesondere die Kommandohöhen des kapitalistischen Staates sind entscheidend.
7. Die neue „Volksmacht“ beseitigt umgehend die Anarchie der Produktion und führt die gesamtgesellschaftliche Planung ein.

Die Avantgarde-Position einer kommunistischen Partei resultiert aus ihrer Fähigkeit, die Einheit von Theorie und Praxis herzustellen und damit die Grundlage für die Organisation der Massen zu legen – mit Dominanzstreben hat das nichts zu tun. Und solange sich die Arbeiterklasse nicht zum bestimmenden Subjekt der gesellschaftlichen Entwicklung erhebt und ihre Macht nicht erkennt, so lange wird das Kapital keinerlei Grund sehen, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, geschweige denn, sich davonzuschleichen.

Die KKE – gegen die der Aufruf in besonderem Maße gerichtet ist – orientiert dementsprechend auf eine gemeinsame Front der arbeitenden Klasse, der armen Bauern, der Rentner und lernenden Jugend. Sie weiß, dass dieser Prozess von den Betroffenen selbst getragen und dass er klassenmäßig organisiert sein muss. Sie weiß, dass dieser Prozess erst am Anfang steht und einen riesigen Berg der Entsolidarisierung abbauen muss. Dass die große Mehrheit der Griechen mit einem Bevölkerungsanteil von 50 bis 60 Prozent, die noch nicht in die Armutsfalle geriet, allerdings auch nicht zu den etwa 20 Prozent Krisengewinnlern gehört, dass diese 60 Prozent, die sich über Jahrzehnte mit dem System arrangiert hatten, nun in Krisenzeiten ihre Hoffnungen auch weiterhin mit diesem System verbinden und davor zurückschrecken, den Systembruch zu wagen, kann nicht verwundern.

Die griechischen Genossinnen und Genossen beweisen in dieser schwierigen Situation ein hohes Maß an revolutionärer Geduld. Statt die Utopie einer *Assoziation Egalitäres Europa* aufzurichten und ein Aktionsprogramm zu verbreiten, das auf Illusionen beruht, sollten wir die Orientierung der KKE unterstützen, die ein Aktionsprogramm des Klassenkampfes vertritt.



SPENDENAUFTRUF

DIE T&P IST NOTWENDIG – TUT ETWAS FÜR SIE!

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich.
Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz, Spendenkonto Theorie und Praxis, Konto-Nr.: 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02, SWIFT-BIC: SKGIDE5F**

STALINISMUS UND ANTISTALINISMUS

Solange die rote Fahne auf dem Kreml wehte, galt die Haltung zur Sowjetunion als Prüfstein für Revolutionäre. Auch heute, über 20 Jahre nach ihrem Untergang, hat das seine Berechtigung. Wie viele haben ihre Haltung zu ihr geändert! Manche ihrer heftigsten Verteidiger wandten sich von ihr ab und distanzieren sich. Anderen machte die Niederlage deutlich, dass der Restauration des Kapitalismus erst dann nichts mehr im Wege stand, als die Eigentumsverhältnisse von Grund auf umgekehrt wurden.

Reihenweise knickten Parteimitglieder vor dem Antikommunismus ein, der „Grundtorheit des Jahrhunderts“ (Thomas Mann). Schon immer war er ein Kampfmittel der Bourgeoisie, doch nach 1990 feierte sie damit größere Triumphe denn je und trieb die PDS/Linkspartei vor sich her. Mit der Diffamierung der Sowjetunion soll der Sozialismus als solcher getroffen werden. Er darf nur noch als Utopie existieren – seine Verwirklichung soll für alle Zeiten diskreditiert sein.

Debatte in der DKP

Doch auch unabhängig von den Angriffen der Reaktion beschäftigt das Thema die Kommunisten. Es geht um ihr Selbstverständnis, die Antwort auf die Frage: Wofür steht ihr? Und da geht es vor allem immer wieder um Stalin und seine Epoche.

Der Streit in der *jungen Welt* um die Anwendung revolutionärer Gewalt, um „Moralität und Historizität“ (Hans Heinz Holz [1]) war heftig und erbittert. „Folgt die Macht keiner Moral und keiner Gesetzlichkeit?“, fragten Robert Steigerwald, Hans-Peter Brenner, Nina Hager. [2]

Erst das Buch von Domenico Losurdo über die radikalen Veränderungen des Stalin-Bilds nach dem Kalten Krieg und der Geheimrede Chruschtschows brachte wieder Bewegung in die Diskussion. Losurdo informierte über den neueren Forschungsstand nach 1990, nach der Öffnung der Archive. Ins-

besondere die Vertreter der US-Forschung gaben offen zu, dass nach dem Verschwinden des Gegners die bisherigen Übertreibungen und Lügen nicht mehr nötig seien. Die Thesen des Antistalinismus-Papstes Robert Conquest, Exkommunist und dann Leiter des MI 5 Departments *Information Research* („Desinformationsabteilung“), und seine Phantasie-Opferzahlen in *Harvest of Sorrow, The Great Terror* waren out. Vor allem stellt Losurdo das Handeln Stalins in den historischen Kontext – eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Steigerwalds Rezension in den *Marxistischen Blättern* spiegelt – natürlich – seine eigene Einstellung zu dieser Periode der sowjetischen Geschichte wider. Er geht auf ihre Höhen und Tiefen ein und schließt mit den Worten: „Was also ist das Stalin-Bild Losurdos, das er uns vermittelt? Es ist ein gewiss nicht unkritisches, aber letztlich dennoch positives Bild Stalins und der sowjetischen Entwicklung unter Stalins Führung.“ [3]

Zurück zu 1994?

Doch es scheint, dass uns alte Auseinandersetzungen erwarten. Unter der Überschrift „Wie weiter?“ ziehen Leo Mayer und südbayerische Parteitage-delegierte in einem internen Papier Schlussfolgerungen aus ihrer Auswertung des 20. Parteitags der DKP, wo es u. a. heißt: „Politik machen auf Grundlage (...) der Stellungnahme der Geschichtskommission des PV der DKP zum Thema Stalinismus vom 12. 5. 1994“. Will Mayer uns auf den Stand von 1994 zurückwerfen? Die Geschichtskommission hatte damals gemäß dem Auftrag des 12. Parteitags eine Stellungnahme erstellt. Ein Jahr später erfolgte dazu eine Diskussion und ein Beschluss des Parteivorstands, der die Position der Geschichtskommission praktisch revidierte.

Die Geschichtskommission entschied sich 1994 für die Verwendung des Begriffs *Stalinismus*, „wissend um den vom Gegner mit diesem Begriff getriebenen Missbrauch, weil uns kein

anderer Begriff bekannt ist, um diese Entstellung kommunistischer Theorie und Praxis mit einem Wort zu benennen. Und weil die Deformation begann, als Stalin die kollektive Führung durch seinen Unfehlbarkeitsanspruch ersetzte.“ [4]

Den Beschluss des Parteivorstands vom 27./28. 5. 1995 nennt Mayer nicht! Nach den drei Referaten von Hans Wunderlich, Willi Gerns und Hans Heinz Holz entschied der PV nämlich anders: „Den Begriff Stalinismus halten wir für ungeeignet zur Kennzeichnung von Deformationen und Fehlentwicklungen in der Geschichte des staatsgewordenen Sozialismus und der kommunistischen Bewegung. In seinem vorherrschenden Gebrauch dient er heute als bürgerlicher Kampfbegriff. Er ist so untrennbar verbunden mit kommunistischen Grundpositionen, mit der Diskreditierung jeglichen Sozialismus, dass auch seine abweichende Verwendung Missverständnisse provoziert und zur Polarisierung unter den Kommunistinnen und Kommunisten beiträgt (...)“ (Hervorhebungen von R.M.). [5]

Gerns und Holz kritisierten die Personalisierung, die der Begriff beinhaltet. Der Terror der dreißiger Jahre war „nur unter Duldung der großen Mehrheit der Bevölkerung und nur durch die aktive Teilnahme des Funktionärsapparats möglich.“ (Holz [6]). Die Bürokratisierung und Verkrustung des innerparteilichen Lebens geschah sogar hauptsächlich erst unter Breshnew.

Im Kampf innerhalb der KPdSU ging es nicht um den Kampf zwischen Gut und Böse, es ging nicht um den Kampf gegen Verbrecher weder auf der einen noch auf der anderen Seite, sondern es ging Ende der zwanziger Jahre um zwei Konzeptionen für den weiteren Aufbau des Sozialismus, wie Robert Steigerwald in einem Brief an Kurt Gossweiler vom 2. Februar 2006 schrieb. „So etwas ist beim Weg in Neuland nichts Ungewöhnliches. Stalin schätzte diejenige Bucharins als den Untergang des Sozialismus bewirkend ein, andere sehen das nicht so. Es gibt Spekulationen



zu beiden Annahmen. „Wir brauchen jedoch nicht zu spekulieren, „denn richtig ist, dass mit Stalins Konzeption der Sieg über Hitler erreicht wurde, ein welthistorisches Ereignis.“ [7]

Steigerwald würdigt in seiner Besprechung des Buchs von Losurdo über Stalin in den *Marxistischen Blättern* die ungeheuren Leistungen der Bolschewiki, die drei Aufgaben, die nach der Erringung der Staatsmacht in Angriff genommen werden mussten: die Kultur-Revolution, die Agrar-Revolution und die Industrie-Revolution. Zum Beispiel „Erst (erst? schon!) 1931 war man so weit, flächendeckend die (zunächst!) vierjährige Schulpflicht einzuführen, da gab es die in Deutschland schon seit mehr als zweihundert Jahren!“ [8]

Seine Frage aber ist: „Nicht dass diese Revolution nötig war ist das Problem, sondern ob sie auf andere Weise möglich gewesen wäre.“ Und obwohl er konstatiert, dass solche Diskussionen auf Annahmen beruhen, von denen man nicht weiß, ob sie stimmen oder nicht, kommt er immer wieder darauf zurück. So stellt er zur Ermordung tausender gefangener polnischer Offiziere in Katyn die Frage: „Aber wenn es der Sowjetunion möglich war, zwei Millionen (!) Juden dem Nazi-Zugriff und damit der Vernichtung zu entziehen (wer weiß das eigentlich bei uns? Wer würdigt es?), wäre es da nicht auch möglich gewesen, 16.000 Kriegsgefangenen irgendwie in den Weiten der Sowjetunion ein Lager zu bauen?“ [9]. War es möglich, kurz vor dem faschistischen Überfall? Wer kann dies beantworten?

Dies ist nur durch die historische Situation zu klären. Sie zu *erklären*, das ist die Methode, die Losurdo propagiert und anwendet. Steigerwald setzt das mit *Rechtfertigung* gleich, wozu Holz 1995 folgendermaßen Stellung genommen hatte: „Um darüber zu entscheiden, welche Mittel in einer bestimmten Situation unumgänglich waren oder sich jedenfalls aufdrängten, müssen die Ausgangsbedingungen und die Beschaffenheit des Weges historisch-materialistisch analysiert werden. Sonst verfallen wir in den Moralismus der ‚schönen Seele‘ (...)“ [10]. Holz nennt hier u. a. die Analyse der Klassenverhältnisse; der Produktivkraftentwicklung, Bildung, Nationalitätenfrage; der historischen Defizite beim Sprung aus einer spätfeudalistischen, gering kapi-

talistisch entwickelten Gesellschaft in den Sozialismus. Auch Gerns hält die genaue Analyse der historischen Situation für unerlässlich.

Es ging bei den innerparteilichen Fraktionskämpfen um das Überleben der Sowjetunion und um die Niederschlagung des Faschismus, um Auseinandersetzungen, die die Partei fast zerrissen. Es ging um großartige, einzigartige Entwicklungen wie sie es „in keinem anderen Land“ gegeben hat, ohne zu vergessen, „dass sich hinter den Kulissen ein Konflikt abspielte, eine Zerrüttung der hegemonialen Partei (...)“ [11]

Stalinismus-Vorwurf als innerparteiliches Kampfinstrument

Willi Gerns prangerte in seinem Referat 1995 die „geradezu inflationäre Verwendung“ des Begriffs bei Gorbatschow gegen innerparteiliche Gegner an und seine Instrumentalisierung in den Auseinandersetzungen in der DKP Ende der 80er Jahre durch die sog. Erneuerer. Die Stalinismus-Vorwürfe gegen innerparteiliche Gegner in der PDS Anfang der 90er Jahre unterschieden sich inhaltlich kaum von denen ihrer antikommunistischen Gegner. „Mit der Keule des Stalinismus wird totgeschlagen, was einem politisch nicht passt.“ [12]

Eine Diskussion innerhalb der Partei über „eines der schmerzlichsten Themen für Kommunisten“ (Steigerwald) darf nicht zur Diffamierung parteiinterner Gegner missbraucht werden.

Trotz aller Differenzen sehe ich eine gemeinsame Grundlage für einen Dialog statt eines Schlagabtausches, wenn wir uns auf die Grundlage des PV-Beschlusses von 1995 stellen:

- *Der Begriff des Stalinismus ist abzulehnen, er ist ein antikommunistischer Kampfbegriff der Bourgeoisie und er personalisiert unzulässig.*
- *Die Fraktionskämpfe beruhten auf zwei Konzeptionen des Aufbaus des Sozialismus.*
- *Gegenüber antikommunistischen Angriffen gilt: Nicht auf den Knien! Wir betonen die Errungenschaften des Sozialismus, ohne seine Fehler zu verschweigen!*

- *Die größte Differenz besteht beim Thema Macht und Moral: Gibt es Schranken für das revolutionäre Handeln, die selbst dann beachtet werden müssen, wenn daraus die Niederlage folgt? Wäre es auch weniger grausam abgegangen ohne „schmutzige Hände“ (siehe Auseinandersetzung Holz/Hager, Steigerwald, Brenner)?*

Leo Mayer stellt sich diese schmerzliche Frage nicht, für ihn geht es um Verbrechen und sonst nichts, für ihn kann es nur Distanzierung geben. Warum ist er an einer objektiven historischen Aufarbeitung nicht interessiert? Weil es in Wirklichkeit nicht um Stalin geht, sondern um die Trennung der DKP von der kommunistischen Bewegung, zu der nun einmal ihre *ganze* Geschichte gehört. Und wozu eine solche Trennung? Als Ausgangspunkt für die Illusion eines „schrittweisen Hinüberwachsens in den Sozialismus“? Das ist nicht neu. Das ist der Versuch, mit Hilfe der *Stalinismus-Keule* die kommunistische Partei auf sozialdemokratische Positionen zu überführen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Hans Heinz Holz, Dialektik der Vernunft, in junge Welt 2. 2. 2011
- [2] Nina Hager, Hans Peter Brenner und Robert Steigerwald, Macht und Moral, in junge Welt, 14. 2. 2011
- [3] Robert Steigerwald, Anmerkungen zu Domenico Losurdos Stalin-Buch, in: Marxistische Blätter 1/2013, S. 92
- [4] UZ 12.5.1994
- [5] Aus der Geschichte lernen – aber was und wie?, UZ 9. 6. 1995
- [6] Ebd.
- [7] Robert Steigerwald, Brief an Kurt Gossweiler, 2. 2. 2006, in „offensiv“ 7/2006, S. 86
- [8] Robert Steigerwald, Anmerkungen zu Domenico Losurdos Stalin-Buch, in: Marxistische Blätter 1/2013, S. 91
- [9] Ebd.
- [10] Aus der Geschichte lernen – aber was und wie?, UZ 9. 6. 1995
- [11] Domenico Losurdo, Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende. Köln 2012, S. 415
- [12] Aus der Geschichte lernen – aber was und wie?, UZ 9. 6. 1995



FRANKREICH VOR EINEM HEISSEN HERBST?

Hollande nutzte die Sommerpause für eine Propaganda-Tour de France und versuchte, die „Stimmungs-Kurve umzukehren“. Gemeint sind seine ständig sinkenden Sympathiewerte bei Meinungsumfragen. Mit diesem Wortspiel wird auf das Versprechen Hollandes, die Kurve der ständig steigenden Arbeitslosigkeit umzukehren, angespielt. Mitte August verfiel er auf einen glänzenden Schachzug: Um seine Wahlversprechen zu relativieren, inszenierte der Präsident eine „Vision 2025“. Die einzelnen Minister gaben für ihre Ressorts ihre Zielvorstellungen zum Besten, von Arbeit für alle bis bezahlbare Wohnungen ... Um von der Innenpolitik abzulenken, setzte er gleichzeitig auf die Karte der militärischen Intervention in Syrien – doch das steht auf einem anderen Blatt ...

Was die französische Wirtschaftspolitik umtreibt

In der französischen Tageszeitung *Libération* wurden die „Merkelnomics“ scharf kritisiert [1], weil sie in fünf Jahren die Hälfte der EU in die Rezession und Wasser auf die Mühlen des Euroskeptizismus geführt hätten. Die Weichen seien auf Wachstum zu stellen.

Auch Wirtschaftsminister Moscovici machte in Optimismus und erklärte die Rezession für beendet, obwohl er eine schrumpfende Wirtschaftsleistung in diesem Jahr nicht ausschloss [2]. Nur einen Tag später hieß es: Die Industrie habe sich gefangen, obwohl die Produktion im Juni gefallen sei [3]. Er rechne mit einer positiven Entwicklung für 2013 [4]. Der Internationale Währungsfonds (IWF) gab Frankreichs Regierung dafür konkrete Empfehlungen, nämlich die Austeritäts-Schrauben weniger stark anzuziehen [5], Steuererhöhungen auszusetzen, den Mindestlohn einzufrieren und das Rentensystem „anzupassen“ [6] – also im Prinzip nichts Neues: Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch Druck auf die Arbeitskosten, d. h. Verschärfung der Ausbeutung.

Sesam-öffne-dich fürs Finanzkapital

Schützenhilfe sind dabei die Empfehlungen des IWF. Ein Regierungssprecher bekannte offen, er teile die Meinung des IWF. „Die Rentenreform wird ein Schlüsselement sein.“ Nach dem Vorbild der Schröder-Regierung sollen dem Kapital neue Ausbeutungsfelder, vor allem in der Banken- und Versicherungsbranche, geöffnet werden. Es steht zu befürchten, dass die Rentenreform als Türöffner für den weiteren Abbau der Sozialversicherung dient.

Premierminister Ayrault (Parti socialiste – PS) brachte ein verpflichtendes Sparkonto für die Rente ins Spiel. Am 18. September wird im Ministerrat entschieden. An drei Stellschrauben kann gedreht werden: das Renteneintrittsalter, die Dauer und die Höhe der Beitragszahlung. Die Regierung neigt dazu, die Dauer der Beitragszahlung zu verlängern, was eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bedeutet. Bei der Umsetzung wird sich die Regierung jedoch schwertun, hatte sie doch noch vor einem Jahr die Erhöhung des Renteneintrittsalters durch Sarkozy rückgängig gemacht.

Nachdem die Regierung Ayrault die Mehrwertsteuer erhöht hat – was sie in der Opposition noch schärfstens abgelehnt hatte – wird weiterer Sozialabbau in der Bevölkerung auf Erbitterung stoßen. Bis zur Entscheidung übt sich Premierminister Ayrault im „sozialen Dialog“ mit den Gewerkschaften und den Unternehmern. Die sozialdemokratische Gewerkschaft CFDT zeigte sich schon damit zufrieden, dass die Reform „nicht brutal“ ausfalle, gar eine dreiprozentige Steuer auf Dividenden angedacht sei. Der Unternehmerverband Medef besteht hartnäckig darauf, dass die Arbeitskosten weiter gesenkt werden müssten. Und Pierre Gattaz, sein neuer Vorsitzender, forderte zusätzlich zum 20-Milliarden-Steuergeschenk vom vorigen Jahr weitere 100 Milliarden.

PCF – Partei einer linken Mehrheit oder der antikapitalistischen Mobilisierung?

„Wir sind nicht a priori gegen die Regierung (...) Wir unterstützen die Aktionen der Regierung und mehrere Gesetze, die im Parlament vorgelegt werden“, sagte André Chassaigne, der Sprecher der kleinen Fraktionsgemeinschaft der *Front de Gauche* in der Nationalversammlung. Dementsprechend votierten die Kommunisten auch für das Gesetz des Bildungsministers Peillon, das sie vor allem wegen der geplanten Neueinstellung von Tausenden von Lehrern unterstützten. Doch die PCF stellte sich damit gegen die demonstrierenden Lehrer und protestierenden Gewerkschaften, die sich gegen die Verlängerung der Unterrichtszeit aussprachen. Denn der freie Mittwoch an der Grundschule soll nicht mehr für kreative Aktivitäten, Musik und Sport der Kinder reserviert bleiben. Die Gemeinden sollen ihre Angebote entsprechend umstellen, weshalb 80 Prozent von ihnen sich weigern, das Gesetz anzuwenden, und seine Aufhebung fordern.

Die PCF in der Zwickmühle

In der Zwickmühle steckt die PCF auch bei den kommenden Kommunalwahlen im nächsten Jahr: Offensichtlich gelingt es der Partei der Linken nicht, die PCF davon zu überzeugen, landesweit als *Front de Gauche* gegen die Sozialisten zu kandidieren. Im März beschloss sie deshalb einerseits, ohne ihre Partner in der *Front de Gauche* zu konsultieren, in 60 Städten autonome Listen als Linkspartei aufzustellen. Andererseits bereiten „Bürger-Kooperativen“ der *Front de Gauche* in den Städten die Kommunalwahlen vor. Pierre Laurent (PCF) beharrte im Fernsehen darauf, dass dieses Gegeneinander beim ersten Wahlgang sich im zweiten Wahlgang auflösen würde: Dann würden sie mit gemeinsamen Kräften dem neofaschistischen *Front National* den Weg versperren, der mit Teilen der konservativen UMP zum Sturm auf die Rathäuser bläst.



Hollandes Strategie, seine Koalition mit harter Hand zusammenzuhalten und die Kräfte der Linken ins parlamentarische Verhandlungsspiel einzubinden, scheint aufzugehen. Die anstehenden Wahlkämpfe – im März die Kommunalwahl und im Juni die Europawahl – verstärken diese Tendenz. Die sozialdemokratische Regierungsmaschine nimmt Fahrt auf: Neben der Rentenreform steht die weitere Privatisierung des Öffentlichen Gesundheitswesens an, eine Gebietsreform ist in der Diskussion. Gemeinden, die seit der Französischen Revolution bestehen, sollen zusammengefasst werden, um bei den öffentlichen Dienstleistungen Synergieeffekte zu erzielen.

Heißer September? Widerstand tut not

Der 10. September soll einen heißen Herbst einläuten. Die Gewerkschaften CGT, FO, FSU und Solidaires rufen zu einer Demonstration nach Paris gegen die sogenannte Rentenreform und die Austeritätspolitik auf. Die zweitstärkste Gewerkschaft, die sozialdemokratisch orientierte CFDT will jedoch die Rentenreform nur „konstruktiv-kritisch“ begleiten. Seitdem die CFDT dem ANI, einem Vertrag mit den Unternehmerverbänden zur Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, zugestimmt hat, ist die gewerkschaftliche Geschlossenheit zerbrochen.

Der Widerstand wird sich in die Betriebe verlagern. Zum einen ist abzusehen, dass die Belegschaften, die jahrelang gegen Betriebsschließungen kämpften wie bei PSA-Citroën, Fralib (LiptonTea/Unilever) oder Petroplus, mit Klagen wegen ihrer Widerstandskaktionen überzogen werden. Die ihnen versprochene Amnestie wird es nicht geben, weil die sozialdemokratische Mehrheit auf Kurs getrimmt wurde. Die Regierungskoalition ließ das Amnestiegesetz, das sie selbst eingebracht und im Senat mit der *Front de Gauche* gegen die Rechte durchgesetzt hatte, wie eine heiße Kartoffel fallen. Zum anderen werden die Belegschaften sich gegen Lohnkürzungen, Zwangsversetzungen und börsenbedingte Entlassungen wehren müssen. Denn die *Front de Gauche* wurde auch in diesem Fall bei der Verteidigung des Gesetzentwurfs gegen börsenbedingte Kündigungen von der PS im Stich gelassen.

Damit es dem von der *Front de Gauche* im Juli eingebrachten Gesetzentwurf *loi Florange* zur Verhinderung börsenbedingter Schließung rentabler Betriebe – von Bel über Nestle bis Veninov – nicht auch so geht, darf sich die PCF nicht allein auf parlamentarische Verhandlungen verlassen. Nur über eine landesweite außerparlamentarische Kampagne wäre genügend Druck aufzubauen. Die bereits vorhandenen Gesetze zur Enteignung und Überfüh-

rung in öffentliches Eigentum müssten populär gemacht und das Internet stärker zur Mobilisierung genutzt werden.

Besonders wichtig ist es aber, dass über die ökonomischen Kämpfe hinaus landesweit Protest gegen die aggressive kriegerische Interventionspolitik Hollandes mobilisiert wird. *Hände weg von Syrien!* heißt die Parole in Frankreich wie in Deutschland!

Also: Wie heiß der Herbst 2013 wird und für wen, wird sich erst zeigen ...

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Liberation 12. August 2013: „Le crepuscule de Mme Merkel“
- [2] Cash 10. August 2013: „Frankreich immer pessimistischer für Wirtschaft“ www.cash.ch/news/boersenticker/rss/frankreich_immer_pessimistischer_fuer_wirtschaft-3111867-450
- [3] Aktiencheck 9. August 2013: „Frankreich: Industrieproduktion fällt im Juni überraschend“ www.aktiencheck.de/news/Artikel-Frankreich_Industrieproduktion_faellt_Juni_ueberraschend-5188417
- [4] Republicain Lorrain 11. August 2013: „Moscovici revise la croissance a la baisse“
- [5] Humanité 7. August 2013: „Nouveau rapport du FMI: halte deloyale pour la rigueur“
- [6] Le Monde 6. August 2013: „Pour retablir la confiance, le FMI conseille une pause fiscdale à la France“



SPENDENAUFTRUF

DIE T&P IST NOTWENDIG – TUT ETWAS FÜR SIE!

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich.
Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

**Michael Beltz, Spendenkonto Theorie und Praxis, Konto-Nr.: 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02, SWIFT-BIC: SKGIDE5F**

Sepp Aigner

BÜRGERBETEILIGUNG ALS HERRSCHAFTSINSTRUMENT

„Da einer wachsenden Zahl von Bürgern die pauschale obrigkeitsstaatliche Diffamierung von Protestierenden als Chaoten nicht mehr einleuchten will, werden neue Wege gesucht, um die Profitinteressen privater Unternehmen zu wahren und die Eigentumsverhältnisse zu schützen.“ Das ist das Thema von Thomas Wagners neuem Buch „Die Mitmachfalle“. Er belegt diese zentrale These mit einer Fülle von Beispielen.

Wagner greift ein Thema auf, das in den sogenannten breiten und bunten Bewegungen dringend reflektiert werden sollte. Die Frage ist, ob sie sich zu unfreiwilligen Kollaborateuren der Macht machen lassen oder Widerstand entwickeln, der diesen Namen verdient. Als in den 1970er Jahren in Westeuropa und Nordamerika Teile der Bevölkerung, vor allem aus kleinbürgerlichen Schichten, aufzubegehren und das Wort Demokratie beim Wort zu nehmen versuchten, war das für die Staatsapparate und die Monopolbourgeoisie eine Herausforderung. Die Friedensbewegung, die aus dem Boden sprießenden Bürgerinitiativen aufgrund wachsender Unzufriedenheit repräsentierten einen Anspruch auf ein *autonomes*, nicht von Geld und Macht kontrolliertes Leben. Die normale bürgerliche Demokratie – ab und zu seine Stimme abzugeben und ansonsten die Politik den *Volksvertretern* und dem Staatsapparat zu überlassen – wurde mit Störpotenzial angereichert.

Dagegen wurden Integrationskonzepte entwickelt, die das Aufbegehren eindämmen, ihm die Spitze nehmen und es in eine Stütze der Macht verwandeln sollte. Das war die Geburtsstunde der *Zivilgesellschaft*, der *neuen Partizipationskultur*, des *Community Organizing*. Thomas Wagner arbeitet die Zwieschlächtigkeit der Bürgerbewegungen anhand vieler Fallbeispiele

einleuchtend heraus. Wenn sie die bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse nicht in Frage stellen, verwandeln sie sich in eine Schülermitverwaltung im Rahmen dieser Ordnung, in Organe der Vermittlung der *Politik von oben* an die Masse der Bevölkerung. Wer einen Geisler *moderieren* lässt, kastriert sich selbst. Der hilft, einen ungeschickten Mappus durch einen geschickteren Kretschmann zu ersetzen und ansonsten alles beim Alten zu lassen.

Mit der Verwandlung von gesellschaftlichen Konflikten, die ihren letzten Grund stets in den Eigentumsverhältnissen, in den unlösbaren Interessengegensätzen zwischen den Klassen haben, in eine *Kultur des Dialogs* ist Widerstand in zivilgesellschaftliches Mitmachen verwandelt. Wo dies nicht mehr hinterfragt wird, wird vermeintlicher Widerstand zu Befriedigungspotenzial. Wird das zivilgesellschaftliche Mitmachen in das herrschende bürgerliche Bewusstsein integriert, lässt es sich sogar als ideologischer Exportschlager und Berufungstitel für imperialistische Kanonenbootpolitik verwenden: Die westliche Zivilgesellschaft als Blaupause für die ganze Welt. Wer sie nicht akzeptiert, landet auf der Achse des Bösen.

Bewegungsaktivisten könnten anhand Wagners Buch gut reflektieren, was sie eigentlich tun, sich der Diskrepanz von Wünschen und Wirklichkeit bewusst zu werden. Sich für konkrete Probleme zu organisieren, ist zunächst ein beschränkter Horizont, den es lernend zu überwinden gilt. Wenn die darin zum Ausdruck kommende Organisationsfeindlichkeit, die Überhöhung der Spontaneität zu *modernem* politischen Engagement, nicht überwunden wird, ist die Landung im systemstärkenden Mitmachen vorprogrammiert.

Die Lösung der Organisationsfrage in festen Organisationen mit den eigenen Klasseninteressen als Angelpunkt ist nicht das Thema von „Die Mitmachfalle“. Ein solches Buch wäre nützlich. Thomas Wagner zu lesen ist aber ungeachtet dessen auch nützlich, und sei es als Einführung in das Thema *Vom Fall-zu-Fall-Engagement zum politischen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse*.

Thomas Wagner, Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument, Papyrossa Verlags GmbH, 12,90 Euro, ISBN-13: 9783894385279



INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial	1
<i>Rainer Perschewski</i> Einheitsgewerkschaft heute	2
<i>Bernd Blümmel</i> Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit kollektiv entwickeln!	4
<i>Peter Willmitzer</i> Die Gewerkschaft sind wir!	6
<i>Harald Humburg</i> Prekär Beschäftigte wehren sich – Erfahrungen, Schlussfolgerungen, Lehren	8
<i>Renate Münder</i> Zur Theorie der sozialen Hauptstütze	10
<i>Jürgen Lloyd, Renate Münder</i> Die Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze des Kapitalismus	12
<i>Anton Latzo</i> Deutsche Bagdadbahn-Politik – damals und heute	15
<i>Udo Paulus</i> „Für ein egalitäres Europa“ oder Utopia 2013	17
<i>Renate Münder</i> Stalinismus und Antistalinismus	19
<i>Georges Hallermayer</i> Frankreich vor einem heißen Herbst?	21
Literaturtipp	
<i>Sepp Aigner</i> Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument	23

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus
in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder,
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München
E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie und Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen,
BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter www.theoriepraxis.wordpress.com verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.